Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Bestellnummer:
Preis: 2.50 M. monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 30. April 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Behauptung des bei Ypern gewonnenen Terrains

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. April 1915. (B. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere auf dem westlichen Kanalarfer befindlichen Stellungen nördlich von Ypern am Yperlee-Bach bei Steenstraate und Het Sas werden seit gestern nachmittag ununterbrochen, aber vergeblich angegriffen.

Feindliche Minensprengungen an der Eisenbahn La Bassée-Béthune und in der Champagne nördlich von Le Mesnil waren erfolglos. Bei Le Mesnil wurden nächtliche französische Angriffe gegen die von uns gestern nacht eroberten Stellungen unter starken Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Auf den Maashöhen südöstlich von Verdun schoben wir unsere Stellungen um einige 100 Meter vor und besetzten sie.

In den Vogesen ist die Lage unverändert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalwarja setzen wir uns in Besitz des Dorfes Kowale und der Höhe südlich davon.

Bei Dachowo südlich von Zochaczew eroberten wir einen russischen Stützpunkt.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. April. (B. I. B.) Amtlich wird verlautbart: 29. April 1915:

Die allgemeine Lage ist unverändert. In der Front in Russisch-Polen und in den Karpaten in mehreren Abschnitten heftige Geschützkämpfe. Unsere Artillerie feuerte mit sehr guter Wirkung gegen russische Unterstände und Munitionsobjekte.

Im Dpor-Tale verjagte der Feind nach mehrstündigem erfolglosem Artilleriefeuer nachts einen Vorstoß gegen die Höhenstellungen unserer Infanterie, wurde jedoch nach kurzem Kampf an der ganzen Front abgewiesen.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes: von Hofner, Feldmarschalleutnant.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. April. (B. I. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Der Tag war verhältnismäßig ruhig. In Belgien keine Aenderung in der Lage. Wir behaupten seit drei Tagen das gewonnene Gelände. In der Champagne nahmen die Deutschen im Gebiet von Beau Séjour ein Stück vorgeschobener Schützengräben weg. Wir nahmen die Hälfte wieder ein. In den Argonnen bei Marie Thérèse wurde ein Angriffsversuch durch unser Feuer sofort zum Stehen gebracht. In Eparges feindliches Geschützfeuer, aber keine Angriffe, ebenso am Hartmannsweilerkopf. Die Deutschen richteten ein intensives Feuer gegen den Gipfel, griffen aber nicht an. Am 27. April warfen unsere Flugzeuge 32 Geschosse auf den Bahnhof Bollweiler, 60 Geschosse auf den Bahnhof Chamblay, wo sie ein Munitionslager in Brand setzten. Der Bahnhof Arnabille und die Verbindungsstrecke der Eisenbahnlinien Chamblay-Chaucourt wurden nachts mit Bomben beworfen. Am 28. April warf eines unserer Flugzeuge sechs Geschosse auf die Luftschiffhallen von Friedrichshafen. Der Flieger sah eine Rauchwolke aus dem Dache einer Luftschiffhalle aufsteigen. 21 Geschosse wurden auf den Bahnhof, die Brücken und die Werkstätten von Leopoldshöhe gemorfen. Während der Beschießung fiel einer unserer Flieger in die deutschen Linien. Im Laufe des Tages

wurden vier deutsche Apparate von unseren Fliegern verfolgt und getroffen. Einer, welcher in Flammen stand, fiel bei Brimont in die feindlichen Linien, zwei andere fielen in der Nähe unserer Schützengräben nieder, der eine in der Champagne, der andere im Gebiete des Ancreflusses, sie wurden durch unsere Artillerie zerstört. Der vierte ging innerhalb unserer Linien in Ruizon (westlich Reims) nieder. Die beiden deutschen Flieger, welche unverletzt waren, wurden gefangen genommen.

Die Meldung des Generals French.

London, 29. April. (B. I. B.) Meldung des Reuterschen Bureau's. General French berichtet am 28. April: Das Gefecht nördlich und nordöstlich von Ypern dauerte gestern den ganzen Tag fort. Die Engländer brachten im Verein mit den Franzosen die deutsche Offensive zum Stehen. Sie wurde nicht wieder aufgenommen. Seit gestern früh stehen westlich vom Yper-Kanal keine Deutschen mehr, außer bei Steenstraate, wo sie einen Brückenkopf eingerichtet haben.

Der Charakter der Kämpfe bei Ypern.

London, 28. April. (B. I. B.) „Daily Chronicle“ meldet aus Nordfrankreich: Die Schlacht wütet heftig fort, doch hat der Kampf einen etwas anderen Charakter angenommen. Er tobt nicht mehr hin und her. Beide Parteien haben Laufgräben eingenommen, aber der Angriff der Deutschen und unser Gegenangriff haben auf dem Schlachtfelde keine bemerkenswerte Veränderung herbeigeführt. Sowohl unsere Truppen wie auch die der Deutschen werden anhaltend verstärkt. Die Deutschen verfügen in drei Grachten und südlich von Poelcappelle über nicht weniger als 120 000 Mann. Seit der Schlacht an der Yper wurde in Belgien und in französisch-Fländern nicht so heftig gekämpft. Die Schlachten um den Hügel 60 und bei Neuve Chapelle können mit dem jetzigen Kampfe nicht verglichen werden.

Das zerstörte Ypern.

London, 29. April. (B. I. B.) „Times“ vernehmen aus Nordfrankreich, daß infolge der letzten Gefechte die Verwüstung Yperns jetzt vollständig ist. Die Luchhalle ist zerstört, kaum ein Haus steht noch. Voperlinge ist ebenfalls schwer. Die Station, auf der die englischen Verwundeten in die Jüge gebracht wurden, liegt in Trümmern, so daß die Verwundeten in den Kellern der benachbarten Häuser in Sicherheit gebracht werden mußten.

Rußland, Italien und die süd-slawische Frage.

Die letzten Wochen haben eine heftige Auseinandersetzung zwischen der russischen und der italienischen Presse gebracht. Die in der deutschen Parteipresse fast völlig unbeachtet geblieben ist. Und doch verdient diese Auseinandersetzung Aufmerksamkeit, nicht nur weil sie mit den schwebenden Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn in engem Zusammenhang steht und so aktuelle politische Bedeutung gewinnt, sondern auch weil sie uns zu dem unmittelbaren Ausgangspunkt des Weltkrieges, der serbisch-österreichischen Frage zurückführt und durch die Art der Behandlung der südslawischen Frage einen sehr interessanten Beitrag zu dem Thema: Weltkrieg und nationale Frage liefert.

Die augenblickliche diplomatische Lage gestattet uns nicht, auf die schwebenden Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn näher einzugehen. Die heftige Art jedoch, in der das Organ des italienischen Ministers des Auswärtigen Sonnino, „Giornale d'Italia“, sich gegen die von Rußland unterstützten slawischen Ansprüche auf die Küste des Adriatischen Meeres wendet, zeigt, daß die russische Politik in einem scharfen Gegensatz zu der italienischen Politik gerät. Seit geraumer Zeit wird nämlich in der russischen Presse darauf hingewiesen, daß die italienischen Ansprüche auf die Küste der Adria weder geschichtlich noch ethnographisch zu rechtfertigen seien und mit den Interessen der eingewohnten südslawischen Bevölkerung in Widerspruch ständen. Schon in der Januarnummer der einflussreichen Moskauer Monatschrift „Ruskaja Mysl“, suchte der Slawenforscher Dr. A. P. Erwin durch Anführung eines umfangreichen statistischen Materials den Nachweis zu erbringen, daß die Ausdehnung der italienischen Ansprüche auf den östlichen Teil des Küstenlandes und auf Dalmatien eine Verletzung der nationalen Rechte der Slawen (der Slowenen und Serben-Kroaten) und eine rohe Vergewaltigung derselben bedeuten würde. Seitdem wurde dieser Gedanke mehr oder minder offen in der gesamten russischen Presse variiert. Besonders lebhaft wurden aber diese Erörterungen, als vor mehreren Wochen der slowenische Journalist Dragotin Godina und der kroatische Politiker J. Supillo in der Petersburger Presse dafür eintraten, daß die russische Gesellschaft sich der Südslawen annehme und es verhindere, daß die von Kroaten und Slowenen bewohnten Provinzen Oesterreich-Ungarns (Krain, Kroatien und Dalmatien) unter die Herrschaft Italiens kämen. „Die österreichische Herrschaft — schrieb J. Supillo in den Petersburger „Birkewija Bedomisti“ — war für uns zweifellos sehr drückend. Mühte man aber zwischen zwei Uebeln wählen, so würde jeder Dalmatiner es lieber vorgezogen, Oesterreich-Ungarn und nicht Italien untertan zu sein. Oesterreich-Ungarn stellt ein Agglomerat (Zusammenballung) von Nationalitäten dar, was für jede dieser Nationalitäten den Kampf um ihre Selbstständigkeit bedeutend erleichtert. ... Kommen wir aber unter die Gewalt Italiens, so müssen wir alle unsere (nationalen) Hoffnungen preisgeben, denn Italien ist ein Nationalstaat mit imperialistischen Bestrebungen, der uns gegenüber fest zugreifen würde.“

Die politischen Pläne, die die russische Presse an die Erörterung der südslawischen Frage knüpfte, können dahin zusammengefaßt werden, daß der Dreiverband sich wegen der Küstengebiete an der Adria mit Italien einigen müsse, natürlich unter der Voraussetzung, daß die slawischen Gebiete dem künftigen Groß-Serbien angegliedert würden. Dadurch würde nicht nur der Zusammenschluß der einander verwandten südslawischen Stämme im nordwestlichen Teile der Balkanhalbinsel herbeigeführt, sondern auch die Basis geschaffen werden für eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien, das, im Besitz eines Ausganges zur Adria, auf das von Bulgarien beanspruchte Mazedonien verzichten könnte. Dieser Plan stieß aber auf den schroffsten Widerstand der italienischen Presse. So schrieb die „Giornale d'Italia“, die Gefahren, die Italien in der Adria drohten, würden „nicht nur keineswegs vermindert, sondern eher erhöht an dem Tage, da die gegenwärtigen strategischen Positionen in diesem Meere ohne weiteres von Oesterreich-Ungarn an ein Groß-Serbien oder eine andere slawische Macht übergingen. Italien wird um jeden Preis und mit allen Mitteln einen tödlichen Schlag solcher Art abzuwenden wissen.“

An dieser Sprache des offiziellen italienischen Blattes läßt sich erkennen, welche ungeheure Ungeschicklichkeit die russische Presse beging, indem sie in die italienisch-österreichischen Unterhandlungen mit ihren südslawischen Aspirationen hineinplante. Die einzige Erklärung, die es dafür gibt,

ist, daß ein großer Teil der russischen Presse, aus einem Gemisch von politischem Größenwahn und überspanntem Nationalismus heraus, es nicht für notwendig erachtet hat, den politischen Realitäten Rechnung zu tragen. Ein Teil dieser Presse glaubt noch immer daran, oder gibt sich den Anschein zu glauben, daß dieser Krieg geführt werde, um den „unterdrückten Nationen“ die Befreiung zu bringen und dem Prinzip des Nationalstaates auch bei den bisherigen „geschichtslosen Nationen“ Geltung zu verschaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus entbehrt es nicht einer gewissen Berechtigung, wenn die Petersburger „Njetsch“ dem italienischen Offizier entgegenhält, die Nationalidee sei vor allem von italienischen Gelehrten und Politikern propagiert worden, sie habe im Verlauf von Jahrzehnten der inneren und äußeren Politik Italiens Kraft und Schwung gegeben, und deshalb dürfe man wohl nicht annehmen, daß die verantwortlichen Leiter der italienischen Politik jetzt dieser Idee untreu geworden seien! Aber wer kann es der „Njetsch“ die beim Ministerium des Auswärtigen Sakaiendinstes vertritt, nur einen Augenblick glauben, daß sie und ihre Partei ernstlich für die „Nationalidee“ der Südslawen eintreten?

Es ist eine der übelsten Begleiterscheinungen dieses Krieges, daß unzählige „Befreiungs“-Legenden in die Welt gesetzt und die durchaus begreiflichen nationalen Ideale aufstrebender kleiner Nationen für diplomatische Zwecke mißbraucht werden. Unter diesem Mißbrauch haben unter anderem auch die Südslawen zu leiden, die ohnedies durch den Krieg hart in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Man lese in der noch jetzt sehr zeitgemäßen Schrift Otto Bauers, „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik“ (Berlin 1912, Vorwärts-Verlag) und in einem Artikel im „Kampf“ nach, welche Rolle die Kroaten, Slowenen, Serben in der politischen Geschichte Südosteuropas in den letzten Jahren gespielt haben, und man wird verstehen, daß das heutige Stadium der südslawischen Frage in direkter Linie auf die Wurzeln des Weltkrieges zurückgeht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Ein russischer General gefallen.

Wien, 20. April. Der Kriegsberichterstatter der „Neuen freien Presse“ meldet: Westlich des Uzfokerpasses fiel am 22. April der russische General Baron Myrbach, ein Aurländer. Er hatte sich offenbar beim Abreiten seiner Linien verirrt, war vor unsere Vorposten geraten und wurde durch einen Geschossschuß getötet.

Der Seekrieg.

Spionage durch englische Fischerboote.

Berlin, 20. April. (W. Z. B.) Die Neutralen über die heuchlerischen englischen Klagen über scharfes Vorgehen der deutschen Seestreitkräfte gegen die englischen Fischdampfer denken, zeigt eine Zuschrift an den „Nieuwe Courant“. Sie weist darauf hin, daß die britische Admiralität für Informationen über feindliche Seestreitkräfte bis zu 20 000 M. ausgelegt habe. Dies sei ein Ansporn zur Spionage für Handelsfahrzeuge, mit dem die britische Admiralität selbst die in Betracht kommenden kleinen Fahrzeuge, in erster Linie Fischdampfer und Fischerboote außerhalb des gewöhnlichen Rechts stelle. Wenn derartige Fahrzeuge dann durch den Feind mit Mann und Maus vernichtet wurden, so erlitten ihre Besatzungen nach Ansicht des Einsenders der Zuschrift eine zwar gerechtfertigte aber sehr gerechte Strafe.

Der türkische Krieg.

Die Stärke des Landungskorps bei den Dardanellen.

Dem „W. Z.“ wird gemeldet:

Kopenhagen, 20. April. Nach Meldungen aus Bukarest soll das Landungskorps der Alliierten bei Gallipoli 80 000 Mann betragen, von dem die Hälfte

beim ersten Versuch gelandet sei. Die Türken hätten sich vorzüglich vorbereitet, besonders ihre schwere Artillerie hätte hervorragend genau geschossen.

Rotterdam, 20. April. Die „Daily News“ melden aus Athen, daß die Verbündeten auch am Golf von Saros und in Enos Truppen gelandet haben.

Der Kampf um die Dardanellen.

Konstantinopel, 20. April. (W. Z. B.) In den er-gänzenden Berichten über die Vorgänge an den Dardanellen treten die Tapferkeit und der Glau der osmanischen Offiziere und Soldaten immer deutlicher zu Tage. Während der Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli, insbesondere bei Kaba Tepe kämpften die türkischen Truppen zwei Tage und eine Nacht ununterbrochen, ohne die geringste Erschöpfung zu zeigen, gegen stets von neuem heranrückende feindliche Kräfte. Bei den ersten Kämpfen von Kum Kale gaben die türkischen Truppen keinen einzigen Geschossschuß ab, sondern warfen den Feind bloß mit dem Bajonett zurück. Während der Kämpfe beschossen vierzig feindliche Kriegsschiffe, darunter der russische Kreuzer „Mold“, die zur Beobachtung aufgestellt waren, von Zeit zu Zeit Sedil Bahr und Kum Kale. Die türkischen Forts erwiderten das Feuer mit Erfolg und brachten zwei Torpedobote und ein Transportschiff zum Sinken. Ein schwer beschädigter Kreuzer mußte, wie schon gemeldet, nach Tenedos geschleppt werden. Die von den Türken gewonnene Kriegsbeute umfaßt eine große Zahl von Gewehren und eine Menge Munition.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 20. April. (W. Z. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee berichtet vom 28. d. M.: In der Richtung gegen Oth besetzten unsere Truppen mehrere wichtige Punkte auf türkischem Gebiet. Ferner hatten unsere Truppen am Hangadulpaß in Aserbeidschan ein kleines Gefecht. Auf den anderen Fronten fand kein Zusammenstoß statt.

Die japanische Volksstimmung gegen den Krieg.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Man erinnert sich der leidenschaftlichen Artikel, die verschiedene Politiker Frankreichs — besonders Pichon, Clemenceau und Genosse Vaillant — zugunsten einer japanischen Intervention auf dem europäischen Kriegsschauplatz geschrieben haben. Um so interessanter ist der Artikel, den die „Humanité“ vom 18. April aus der Feder ihres chinesischen Mitarbeiters J. Wai veröffentlicht. Der aus Tokio vom 8. März datierte Bericht ist an drei Stellen ausgiebig vom Zensor durchlöchert, so dort, wo er von den japanischen Forderungen an China zu sprechen beginnt. Dagegen sind die Ausführungen über das Verhalten der öffentlichen Meinung in Japan gegenüber dem Krieg stehen geblieben. Der Korrespondent schreibt da: „Ich weiß nicht, ob es jene Art von Fatalismus ist, die die Grundnote des orientalischen Volkscharakters bildet, der man die Gleichgültigkeit des japanischen Volkes gegen den jetzigen Krieg zuschreiben muß. In welcher Sprache man auch nachforscht, überall trifft man dieselbe Haltung an. So war ich denn auch nicht erstaunt, als ich wahrnahm, daß die Intervention der japanischen Armeen auf dem europäischen Kriegsschauplatz, die gewisse Politiker und die ganze europäische Presse so sehr beschäftigt, das japanische Volk in keinerlei Weise erregt. Gebieterischen Gründen gehorchend, hat sich die japanische Regierung an die Kriegführenden angeschlossen und ihre Armeen und ihre Flotte haben die Deutschen aus dem fernen Osten verjagt. Aber das japanische Volk zeigte nur ein sehr mittelmäßiges Interesse für diese Teilnahme. Die Volkmeinung in Japan ist nur jenen nationalen Unternehmungen günstig, die entweder bestimmt sind, den Glanz des japanischen Namens zu erhöhen oder diese Ehre zu verteidigen und zu rächen. Uebrigens ist das Bedürfnis, die Notwendigkeit, dem Japaner die grenzenlose Opferbereitschaft für die nationale Ehre einzutupfen die Grundlage der japanischen Erziehung. Daneben gibt es noch eine andere Ideenreihe, die die japanischen Lehrer nie unter ihren Schülern zu verbreiten verabsäumen: nämlich, daß es nichts gibt, das dem japanischen Volk über-

legen wäre. Wenn die japanische Regierung ihre Armeen und ihre Flotte noch nicht nach Europa geschickt hat, so darum, weil sie sich vollkommen im Klaren ist, daß die Volkmeinung dieser Entscheidung nicht geneigt ist. Die inneren Schwierigkeiten sind schon zahlreich genug, als daß die regierenden Männer sie noch vermehren sollten. . . .“

Wir möchten es dahingestellt sein lassen, ob das, was der Berichterstatter über den „nationalen Geist“ in Japan ausführt, wirklich von der breiten Volksmasse, den Bauern, Handwerkern und Arbeitern und nicht vornehmlich von den noch in Ueberlieferung aus der Feudalzeit lebenden herrschenden Schichten gilt. Jedenfalls entbehrt es nicht der Komik, daß just Leute, die unaufhörlich den Kreuzzug zur Niederwerfung von Junkertum und militaristischer Grobmännlichkeit predigen, sich so kampfhafte an die Uniformschöße einer Nation geklammert haben, die in ihren Schulen den Moralunterricht doch schließlich auch nur auf das Thema: „Gott, Kaiser über alles“ und auf die Vergöttlichung angeflammter Herrschaft aufbaut.

Die „revidierten“ Forderungen Japans.

London, 20. April. (W. Z. B.) „Times“ melden aus Peking: Der japanische Gesandte hat gestern dem Minister des Aeußern eine revidierte Liste der 24 Forderungen, die das Minimum der japanischen Forderungen seien, überreicht. Die neuen Forderungen sind im wesentlichen dieselben wie früher, mit gewissen Ausnahmen. Die Chinesen sind enttäuscht, da sie nach den Aeußerungen des japanischen Ministerpräsidenten Grafen Okuma gegenüber der Lokaler Presseagentur bedeutendere Abänderungen erwarteten.

Aus japanischer Kriegsgefangenschaft entlassen

wurden der Schiffsgeselle, der Schiffszug und 17 Sanitätsoldaten vom österreichisch-ungarischen Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“.

Für den Frieden.

Nachdem der Versuch, die Einberufung des erweiterten Sozialistischen Bureaus zu erlangen, gescheitert ist, beruft die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf den 30. Mai nach Zürich eine Konferenz der sozialistischen Parteien aller neutralen Länder ein.

Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen: „Die Aktion der Sozialdemokratie neutraler Staaten für den Frieden“. Das Delegations- und Stimmrecht wird durch das Reglement des Internationalen Sozialistischen Bureaus bestimmt.

Ein Friedensgruß aus Frankreich.

Die „Berliner Tagwacht“ erhält folgende Rundgebung aus der sozialistischen Frauenvwelt Frankreichs:

„Das Aktionskomitee der sozialistischen Frauen für den Frieden und gegen den Chauvinismus sendet schwesternlichen Gruß und den Ausdruck der Gefühle internationaler Solidarität den sozialistischen Frauen und dem Proletariat der Kriegführenden und neutralen Länder. Das Aktionskomitee ersucht die Genossen der neutralen Länder, diese Rundgebung den sozialistischen Frauen in Deutschland und Österreich zu vermitteln und ihnen die wärmste Sympathie der französischen sozialistischen Frauen auszusprechen.“

Das Aktionskomitee hofft, daß die Kaiserin in allen Ländern zu einer nachvollkommen, eindringlichen Rundgebung . . . das Völkerringen werde. . . .“

Die italienischen Sozialisten gegen den Krieg.

Der „Berliner Bund“ läßt sich aus Mailand schreiben: Nicht ohne Besorgnis sieht man hier dem 1. Mai entgegen. Auf diesen Tag hat die sozialdemokratische Partei, deren

Je mehr es den Russen bekannt wird, daß die Deutschen nicht die dem russischen Volke geschilderten schrecklichen Barbaren und Wörder sind, um so schneller und kräftiger erstarbt ihr Wille, nicht mehr weiter zu kämpfen, sich nicht mehr zwecklos für den Javismus zu opfern.

Unerwartete Dispositionen zwangen uns, auf die Fahrt nach Klama zu verzichten. Morgen sollen wir auf der Weichsel, in acht- bis neunstündiger Fahrt, zunächst nach Thorn schwimmen.

Düweli, Kriegsberichterstatter.

Die Uzfoker Kämpfe.

Von Hugo Schulz, Wien.

Während in den anderen Abschnitten der Karpathenfront, abgesehen von kleineren Patrouillenkämpfen, Ruhe herrscht, entbrannte am 21. April im Gebiet des Uzfoker Passes neuerdings eine heftige Schlacht, die nach zweitägiger Dauer den Russen den Beweis brachte, daß ihre Bemühungen, in das obere Ungtal durchzubrechen und sich in den Besitz des scheinbar exponierten Stückes der Bahn zwischen Malometrei und Prigresbödy zu setzen, kein anderes Ergebnis haben könne als eine maßlose Vergeudung von Menschenblut. Die Armeegruppe 23, deren Gebirgsstellungen einen unüberwindlichen Kiesel gegen noch so wahnsinnige Vorstöße der Russen bilden, sagt, wie mir ihr Führer sagte, so fest im Uzfoker Sattel, als ob sie dort eingewachsen wäre, und der geringe Raumverlust ihrer linken Nachbargruppe hat ihre Lage in keiner Weise beeinträchtigt. Im Gegenteil hat ihr stödes Festhalten eine Ausgleitung dieses Raumbereiches durch einen beträchtlichen Raumgewinn im Osten ermöglicht. Hier konnten nämlich die im Strah- und Oporo-Abchnitt vordringenden Teile der Südarmerie sich in hühen Vorstößen, die fast bis Skole gingen, der das nördliche Vorland völlig beherrschenden Dauh- und Iwinin-Höhen im Sturm bemächtigen.

Ich war Augenzeuge der Uzfoker Kämpfe am 21. und 22. April und hatte Gelegenheit, mit eigenen Augen zu beobachten, welche Verschwendung von Menschenmaterial die Russen bei ihren Vorstößen üben. Am frühen Morgen des 21. April trieben die Russen entlang des Galizya-Rudens und von Wenjowa her einen furchtbaren Massenangriff vor, gegen ein etwa 4 Kilometer breites Stück unserer Front nordwestlich des Passes. In geschloßener Manier avancierte sie da mit 8 bis 10 hintereinander geschichteten Linien vor. Die Männer der vorderen Linie werden dabei glatt gepoert. Man gibt ihnen nicht einmal ein Gewehr, was nicht im Mangel an Gewehren begründet zu sein scheint, sondern bloß Drahtscheren, um die Drahtverhänge zu zerhacken. Es sind meist unausgebildete Soldaten, die erst hinter der Front in den Ruhepausen gebildet werden. Der Angriff geriet trotz starker Artillerievorbereitung noch vor den Hindernissen im Feuer unserer Truppen ins Stocken. Ein mäch-

Von der Memel bis zur Weichsel.

Blott, den 24. April 1915.

Der erste Ausflug unter Führung mehrerer Offiziere eines Generalkommandos brachte uns in die vordere wichtigste Stellung. Ich mühte mich schon früher Geschilderte wiederholen und mancherlei niederschreiben, was die Jenuer aus naheliegenden militärischen Gründen streichen würde, wollte ich mitteilen, was ich hier sah. Nur das kann ich sagen: alle bisherigen Erfahrungen in diesem Kriege auf dem Gebiete der Feldbefestigungen sind hier praktisch verwendet worden. Das gilt in gleicher Weise von der Wahl des Geländes für die Schützengräben wie auch von deren Ausbau, in gleicher Weise von der Anlage der Unterstände wie auch der von Stacheldrahtverhauen. Eine Badeanstalt im Walde bei den Schützengräben hat man ebenfalls bereits eingerichtet, ferner eine Anstalt zur Vernichtung lästiger Kleiderbewohner. Ich trete in ein ehemaliges Wohnhaus: im Innern ist an drei Seiten ein Schützengraben ausgehoben. Das allgemeine Urteil über die Stellung lautet: uneinnehmbar! Viele Soldaten sind mit Arbeiten zur Verschönerung ihrer „Hausstätte“ und Vereinerung ihres Wohlbehagens beschäftigt. Hier zimmert jemand Beistellen, dort einer Tisch; andere bauen an Veranden, wieder andere legen sich auf die Gärtnerlei; selbst auf den Schützengräben blühen bereits Blumen. Ueberall sieht man die ordnende und pflegende Hand. Eine Fülle von Liebe zur Natur und zu mühsamer Beschäftigung trägt mich aus der freiwilligen Arbeit der Soldaten entgegen. Welch reiche Ernte für die Gesamtheit könnte ihr erprießen, zwänge der Völler böses Geschick sie nicht in geschändete vernichtende Wohnen! . . . Wir fahren weiter zum Standort des Feststellung. Jedesmal einer von den Presseleuten steigt mit einem der Offiziere vom Fliegerkorps in die Kiste. In zuvorkommender Weise wird uns die gesamte Anlage, der Betrieb und die Aufgabe der Fliegerabteilung erläutert.

Wichtig folgten wir einer Einladung des Armeekommandeurs, der in gewohnter Rede die deutsche Presse als verbündete Großmacht des Heeres feierte. In der Unterhaltung sprach sich der Kommandeur in bewundernden Worten über die Soldaten aus: „Wer unser Volk kennt, muß es lieben, es ist wundervoll!“ — Die Landwehrmänner und Landsturmeute bekundeten einen rührenden Familienstimm. fast ihre ganze Lohnung schickten sie nach Hause. „An Deutschlands Sieg kann niemand zweifeln. Seit 1901 sind wir auf einen Krieg gegen zwei Fronten vorbereitet, seit mehreren Jahren auf den Krieg nach drei Fronten. Dabei dachten wir sogar an die Notwendigkeit, unsere Kräfte gegen englische Angriffe verteidigen zu müssen; aber nun stellt sich England nicht einmal mit seiner Flotte. Wir werden siegen.“ Das waren sinngemäß die bestimmten ruhigen Auslassungen des Kommandeurs. Das ganze Offizierkorps teilt seine Auffassung. Man glaubt nicht mehr an eine russische Offensive; ein erfolgreicher Angriff der Russen ge-

hört nach aller Ueberzeugung in das Reich der Unmöglichkeit. Das bezeugen alle getroffenen Maßnahmen.

Nachmittags schaukelten wir in einem Motorboot auf der Weichsel. Es brachte uns zum Hafen der Weichsel, die sich aus mehreren Dampfern sowie einer stattlichen Anzahl von Motorbooten zusammensetzt. Die Flotte war schon bei mehreren Gefechten erfolgreich beteiligt. Im Hafen fanden wir eine russische Mine. Sie liegt nun unschädlich am Ufer. Ein Dorn im Auge ist den Russen die von den Deutschen bei Ploz erbaute, beinahe einen Kilometer lange Brücke. Die Gefahr, daß sie durch einen Beschädigt werden könnte, ist durch den Einbau von Behren so gut wie gänzlich beseitigt. Einige Tage lang bemühte sich ein Flieger, Bomben auf die Brücke zu werfen. Sein Haupterfolg war eine Panik bei den Bewohnern der unmittelbar an der Brücke an einer flachen Uferabwelle stehenden Häuschen. Die Leute flüchteten zur Höhe hinauf, sahen sich das Schauspiel von dort aus an und kehrten wieder beruhigt in ihr Heim zurück. Seit drei Tagen hat sich der Flieger gar nicht mehr blicken lassen; die aufgestellten Abwehrkanonen lassen es ihm wohl langsam erscheinen, sein Tätigkeitsfeld zu verlegen. Bisher ist Ploz von jeder Zerstörung verschont geblieben, mit Ausnahme der von den Russen gesprengten Brücke über die Weichsel. Weiter errangen sie noch den „Erfolg“, eine große Zahl von Dampfern und Booten versenken zu können; so eilig und plötzlich war ihr Rückzug, daß sie auf ein Fortschaffen der Fahrzeuge verzichteten mußten. Im Festören sind die Russen überhaupt groß, das muß man ihnen lassen.

Wiederholt, an verschiedenen Orten und bei allen Truppen-gattungen, versuchte ich ein Urteil über ihre Gesinnung gegen die Russen zu gewinnen. Schon seit einiger Zeit glaube ich darin einen Wandel wahrnehmen zu können. Diese Annahme fand ich in den Auslassungen der meisten Soldaten, mit denen ich sprach, bestätigt. In den ersten Monaten des Krieges überzog bei einem großen Teile der Truppen Erbitterung und Empörung gegen sie; zuweilen kam auch gehässige Gesinnung zum Ausdruck, was sich aus den Schreckensgeschichten über russische Grauel erklärte. Ein viel härteres Gefühl der Feindschaft machte sich gegen England bemerkbar. Davon ist jetzt wenig mehr zu spüren, aber noch auffälliger ist der Umschwung in der Stimmung gegen die russischen Soldaten. Schon lange ist es her, daß ich eines der im Anfang des Krieges häufiger gehörten Droh- und Schimpfworte vernahm, deren Ziel russische Gefangene waren. Nun sprach man von ihnen im Ton verzehrender Wille, ja selbst des Bedauerns. Mitleid mit den armen, unwillkenden, von der Willkür des zaristischen Regiments in den Krieg getriebenen russischen Soldaten beherrscht nun die Stimmung an unserer Front. Das Verhalten vieler Russen mag zur Stärkung solcher Stimmung wesentlich beigetragen haben. Wiederholt gab sie ihrem Friedenswillen Ausdruck. Auf ihre, dem Bedürfnis der Stunde entsprechende Anregung hin, kam es während der Ostertage verschiedentlich zu einem partiellen Waffenstillstand. Später nahmen dann die Soldaten ihre feindliche Stellung wieder ein, auf Kommando bereit, mit der blutigen Arbeit wieder zu beginnen, um den Gegner zu vernichten.

Hauptquartier in Mailand ist, Kundgebungen gegen den Krieg in ganz Italien angefangen. Ob sie stattfinden werden, hängt vom Ausgang der Unterhandlungen mit der Regierung ab. Von zuverlässiger Seite vernimmt der Korrespondent des „Bernener Bund“, die Regierung habe die Kaiserin nur unter der Bedingung gestattet, daß die Parteiführer die Verantwortung für allfällige Ausschreitungen übernehmen, und drohe im Weigerungsfalle mit einer allgemeinen Mobilmachung.

Nach dem „Avanti“ demonstrierte auf dem Bahnhof von Asti anlässlich eines Umzuges der Studenten eine Abteilung Versagler für die Neutralität und gegen den Krieg.

Die J. L. P. zur Neutralität Belgiens.

Uns wird geschrieben: „Labour Leader“ verteidigt nach dem „Avanti“ vom 24. April die Auffassung der Arbeiterpartei gegen die Angriffe der „Times“ und kommt hierbei auf Belgien zu sprechen.

Die Unabhängige Arbeiterpartei habe so streng wie irgendeine andere die Invasion Belgiens durch Deutschland getadelt. „Unsere Sympathie für die Keinen Nationen stammt nicht von gestern. Wir widersetzten uns dem Angriff Englands auf die Buren, brandmarkten die Verletzung der heiligen Verpflichtungen, die Rußland und England zum Schutz der persischen Unabhängigkeit übernommen hatten, rügten die Verletzung des Algiertraktates, die Frankreich in Marokko begangen hatte. Wir unterstützten nach Kräften das nationale Streben der Völker Indiens und Ägyptens, ließen den Klageruf des unterdrückten Finnland erschallen und fordern jetzt auch für China Gerechtigkeit. Wir haben uns also nicht plötzlich zu der Heiligkeit der Verträge, zu den Rechten schwacher Völker bekehrt. So oft eine Großmacht sich der Unterdrückung schuldig machte, haben wir unsere Stimme laut erhoben. Gegen Deutschlands Angriff auf Belgien sprachen wir in stärksten Worten wiederholt unsere Mißbilligung aus. Aber das Unglück Belgiens kann nicht von dem umfassenderen Unglück Europas getrennt betrachtet werden.“

Man sagt, für Großbritannien war es Ehrenpflicht, zur Verteidigung Belgiens einzuschreiten. Die Wahrheit ist, daß wir mit einer anderen auswärtigen Politik Belgien die Invasion ersparen konnten.

Die Lage vor dem Kriege läßt sich versinnbildlichen durch zwei Riesen in drohender Haltung gegeneinander mit einem Kindlein in der Mitte. Wären wir unparteiisch gewesen, hätten wir das Kindlein schützen können. Aber wozu einen Wert konnte unser Einspruch haben, da es für einen der beiden Riesen klar war, daß wir jedenfalls, ob er das Kindlein tritt oder nicht, mit seinem Gegner gemeinsame Sache machen wollten? Wären wir nicht an Frankreich gebunden gewesen, hätten wir die belgische Frage z. B. bei der Haager Konferenz von 1907 aufwerfen können.

„Statt dessen hatten wir uns die Hände gebunden, und, da wir wußten, daß Deutschland im Kriegsfall in Belgien einfallen werde, konnten wir nur geheime Pläne mit den belgischen Militärbehörden schmieden.“

„So ist nach unserer Auffassung Belgien nicht allein durch die deutschen Angriffsbereitungen gepeinigt worden, sondern durch die gesamte Diplomatie und den Militarismus Europas.“

Turatis Antwort an Hervé.

Das „Giornale d'Italia“ hat den Genossen Turati interviewt, um zu erfahren, wie er sich zu den drei Artikeln stellt, die Hervé in der „Guerre sociale“ an ihn gerichtet hat. Turati hat dem Korrespondenten dargelegt, daß er von den Ausführungen Hervés nur das kennt, was die italienischen Blätter telegraphisch berichtet haben. Danach gründen sich die Einwände Hervés gegen die heutige Haltung der italienischen Partei auf drei Argumente: 1. daß die Schuld an dem europäischen Kriege ausschließlich auf das Deutsche Reich falle; 2. daß die französische Partei ehrlicher und energischer für die Aufrechterhaltung des Friedens eingetreten sei als die deutsche; 3. daß die Haltung der italienischen Partei nicht einmal für die künftige Wiederbelebung der Internationale von Wert sei, da der internationale Sozialismus mit seinem über die Landesgrenzen hinausgehenden Massenkampfscharakter durch den Krieg endgültig vernichtet sei. Diesen Gedanken hält Turati entgegen, daß die letzte Verantwortlichkeit für den Krieg mehr

ziger Gegenstand der Anstrengung trieb die Russen zurück und hatte als höchstes Ergebnis die Gefangennahme von 750 Mann, die sich im weiteren Verlauf des Kampfes auf 1280 vermehrten. Es sind das unermüdete Gefangene, zu denen noch etwa 150 Verwundete kamen, deren Herbeibringung tief erschütternde Bilder bot. Auf dem kurzen Frontabschnitt, auf dem der Hauptangriff erfolgte, zählte man 400 Tote, was auf wenigstens 2000 Verwundete schließen läßt. Ich kam etwa um 9 Uhr vormittags in unsere Artilleriestellungen im Umkreis der Bahnhöfe und des Bahnhofs von Siant. Das Kommando dieses wichtigen Abschnittes führte Feldmarschall-Leutnant M. — Siant und vorwärts von diesem noch eine Anhöhe, die einen wichtigen Stützpunkt für unsere Infanterie bildet, sind in unseren Händen. Eine Anhöhe hinter dieser ist in den Händen der Russen und auf diese richtete unsere Artillerie ein, wie ich beobachten konnte, überaus treffliches Feuer, während die russischen Geschosse zum Teil ins Meer gingen. Nur einige wenige russische Schrapnells näherten sich unserer Stellung. Von Siant her war noch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu hören. Der Kampf währte bis mittags und erlahmte dann allmählich.

Am 22. April ging wieder ein heftiger Artilleriekampf an. Ich erlitt frühmorgens eine der Gipfelstuppen des Sinzig-Autostri-Massivs, über dessen Stamm sich die Stellungen eines kroatischen Regiments zogen. Ich befand mich mehr als 1200 Meter hoch und hatte einen schrankenlosen Fernblick auf die Waldarpathen, die unseren Berge ahnlich. Weit hinter uns liegt der Hauptkamm, den die breite schneeüberdeckte Kuppe der Polonina-Runa krönt, zur Linken des Galits-Rückens, von dem sich der überhängende Teil in den Händen der Russen befindet, weiter herein die Ceremcha, zwischen deren Fichtenbeständen noch Schnee hervorblinzt.

Sie ist der starke Eckpfeiler unserer Stellung und hütet als unermüdetes Bollwerk die Seitenzugänge des Angales. Das kroatische Regiment, das bei uns auf lustiger Höhe kauft, hatte eben eine Kampfpause, während etwas tiefer an den Wölkungen des Berges die Gewehre knatterten. Die Artillerie war ununterbrochen tätig. Mit welchem Erfolg, konnte man bald erkennen. Aus dem Oris Veniowa, den die Russen besetzt hatten, stiegen plötzlich Männen auf. Durch das Scherenferrohr sah ich deutlich eine russische Batterie feuern. Ihre Schrapnells ergossen ihre Sprengladungen über einen Wald zu unseren Füßen.

Spät abends, als ich längst wieder talwärts gewandert war, erfolgte ein wütender Angriff der Russen auf die vorgeschobenen Linien dieser Höhenstellung, der aber im Feuer der Infanterie unter übermäßigem schweren Verlusten des Feindes zusammenbrach. Unsere eigenen Verluste an diesen beiden Kampftagen beten nur zwar schrecklich erschütternde Anblicke, sie waren aber im Verhältnis zu denen des Gegners gering. Was ich von den schweren Mühsalen unserer Truppen sah und von den unglaublichen Schwierigkeiten des Gebirgskrieges sowie von den Qualen des nun glücklicherweise überstandenen Winters erkundete, wird Gegenstand eingehender Schilderungen sein.

in der tragischen Fatalität der kapitalistischen Ordnung der Staaten zu suchen sei als in der Willkür der Herrscher oder der Parteien. Trotzdem steht er nicht an, einzuräumen, daß die Sympathien der italienischen Sozialisten mehr auf Seiten Belgiens und Frankreichs als auf der der Zentralmächte sind. Derartige Sympathien könnten aber in einem Lande mit allgemeiner Wehrpflicht kein Anlaß sein, einen Krieg zu führen. Für einen aus Gefühlsgründen unternommenen Krieg fehlt es in der ganzen Weltgeschichte an einem Beispiel. Was den dritten Einwand, den angeblichen Bankrott der Internationale betrifft, so meint Turati, daß es sich vielmehr um eine Periode der Desorientierung handele, die durch die Fatale ausgelöst wurde, daß die internationale Organisation des Proletariats noch nicht imstande ist, den Krieg zu verhindern. Bankrott sei nicht die Internationale, wohl aber der Kapitalismus durch diesen Krieg geworden, welchen Gedanken Turati nicht näher ausführt. Daß im entscheidenden Augenblick ein Land, das sich angegriffen sieht oder angegriffen glaubt, allen inneren Zwist beiseite schiebt, um ein bereits bestehendes Gut, die nationale Unabhängigkeit, zu verteidigen, beweise noch nicht, daß dieser innere Zwist nunmehr aus der Geschichte verschwunden sei. Zum Schluß hat Turati der festen Zuversicht Ausdruck gegeben, daß die Internationale nach dem Kriege wieder erstehen werde, und erklärt, daß alle ihm bis jetzt bekannten Tatsachen ihn in der Ueberzeugung bekräftigten, daß die Aufrechterhaltung der italienischen Neutralität nicht nur dem Interesse Italiens entspreche, sondern auch dem des internationalen Proletariats, für die Gegenwart und noch mehr für seine Zukunft.

Eine Mahnung zur Besonnenheit.

Kopenhagen, 20. April. (W. Z. B.) In „Politiken“ antwortet Professor Karl Larsen auf Wediers Antwort in der „Revue de Paris“, stellt fest, daß Wedier zum Teil Unrichtigkeiten zugestehen muß und bringt aus der Denkschrift des deutschen Kriegsministeriums eine Fülle von Fällen, in denen französische Truppen in eigenen Lande geplündert und Gewalttätigkeiten aller Art verübt haben. Larsen schließt: Es scheint, daß wir in neutralem Lande trachten sollten, die Junge über diese traurigen Verichte von den verschiedenen kriegführenden Mächten im Jaume zu halten und uns vor übereiltem Urteil zu hüten. Sicherlich wird Anlagematerial über Anlagematerial von beiden Seiten kommen. Ein abschließendes Urteil und die Entscheidung muß ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben und verlangt eine vollständige, allseitige Beleuchtung, als sie jetzt bereits vorliegen kann.

Lord Escher gegen ein Kompromiß.

London, 20. April. (W. Z. B.) „Morning Post“ veröffentlicht einen Brief Lord Eschers, in dem es heißt: Die tatsächlichen Verhältnisse sind heute, daß die deutschen Armeen fast das ganze belgische Gebiet besetzt halten, daß ein großes Stück Frankreich und ein größerer Teil Polens verwüstet und verloren sind. Der Erfolg der Deutschen ist, obwohl sie Paris und Calais nicht genommen haben, wesentlich und bedrohlich. Seit September ist die Lage der gegnerischen Streitkräfte un verändert geblieben. Trotz Tapferkeit, Umgebung und Opfermut ist kein Fortschritt erreicht worden. Deutschlands große Stärke liegt darin, daß es ein einziges Ziel hat. Rußland wünscht Deutschland zu besiegen, um einen mächtigen Slavenstaat am Balkan zu begründen und Konstantinopel zu gewinnen. Rußlands Interesse im Westen ist nur platonisch. Frankreich hat nur an der Freiheit seines Volkes und an der Wiedererlangung seiner Provinzen Interesse. Die Franzosen sind treue Verbündete; aber welches Interesse, außer einem gefühlsmäßigen, können sie für den Balkan und die Zukunft der Dardanellen haben? Unsere Ziele sind sehr verschieden. Die ganze Zukunft Englands, aller Briten, ja der Welt hängt von dem Ausgang dieses Krieges ab. Wenn der Krieg mit einem Kompromiß endet, mit einem unheilvollen Frieden, der kein wirksamer Friede wäre, so würde dieser nur wenige Jahre dauern und der Kampf dann unter ganz anderen Bedingungen wieder beginnen, denn Entente und Bündnisse sind ihrer Natur nach vorübergehend, und so würde England einerseits der Raube und Habgucht, andererseits der Gleichgültigkeit erliegen.

Asquith droht mit Vergeltung.

London, 20. April. (W. Z. B.) Unterhaus. Zum Schluß der Besprechung der Behandlung englischer Kriegsgefangener in Deutschland sagte Asquith: Ich sage mit allem Nachdruck und mit aller Ueberzeugung, daß, wenn wir zum Ende des Krieges kommen, wir nicht diesen schrecklichen Mord absträcker Grausamkeit und absichtlichen Verbrechens vergessen werden oder sollen. Wir halten es für unsere Pflicht, von den Schuldigen jede mögliche Genugtuung zu erlangen. Ich glaube nicht, daß wir unsere Pflicht gegenüber diesen tapferen und unglücklichen Männern, gegenüber der Ehre des Landes und den klaren Geboten der Humanität tun würden, wenn wir uns mit weniger begnügten.

Die Behandlung der gefangenen U-Boot-Offiziere.

Zu den deutschen Vergeltungsmahregeln an britischen gefangenen Offizieren schreibt die „Morning Post“ vom 22. April, die sonst für die strengste Bestrafung der deutschen U-Bootoffiziere eingetreten war, nachdrücklich: Wir bezweifeln, ob die Admiralität ihren Entschluß, die deutschen U-Bootmannschaften und Offiziere einzusperrten, vor der Entscheidung genügend erwogen hat. Ihre Handlung trägt den Anschein des Impulses. Die Mitglieder der Admiralität müssen sich doch klar gemacht haben, daß der Untergebene nicht für die Befehle seines Vorgesetzten verantwortlich gemacht werden kann. Selbst einem Zivilisten leuchtet es ein, daß man nicht den Briefträger prügeln kann, weil er eine beleidigende Postkarte abgibt.

Wenn die Admiralität oder das Kabinett sich die Sache ordentlich überlegt hätte, hätte es ihr doch einfallen müssen, daß in einem Vergeltungskampfe der gewissenhaftere Gegner immer durch seine Strupel im Nachteil ist, und daß es verrückt ist, solche Dinge zu unternehmen, wenn man nicht gewillt ist, alle Zweifel beiseite zu werfen. Den Grundsatze der Gegenseitigkeit aufzustellen und dann fortzuführen, den deutschen Gefangenen Luxusartikel, wie Bier, Tabak und Früchte zu gestatten, während britische Gefangene in Deutschland halb verhungern, beleidigt und schlecht behandelt werden, ist reine Schwäche.

Aber eine plötzliche Entschlossenheit öffentlich kund zu tun in einem Falle, in welchem Gesetz und gesunder Menschenverstand dagegen sprechen, beweist Schwäche und Dummheit, und könnte die Regierung nicht bekannt geben, daß sie nach dem Kriege jene zur Verantwortung ziehen wird, welche den U-Bootoffizieren die Befehle erteilten?

Der Wert deutschen Eigentums in England ist weit größer als umgekehrt der Fall ist. Wenn die Deutschen und ihr Eigentum hier festgehalten würden und man der deutschen Regierung be-

kannt gäbe, daß nach anerkanntem Völkerrecht diese festgehalten bleiben, bis die britischen Untertanen in Deutschland human und anständig behandelt werden, so würde die Regierung wenigstens nicht ohne Waffe in den Streit gehen und würde nicht, wie jetzt, bei Verbündeten und Feinden zum Spott werden. Unterdessen unterliegen 40 britische Offiziere in Deutschland der Tortur der Einzelhaft.“

Die Verpflegung der Gefangenen in Deutschland.

Christiania, 20. April. (Z. U.) Aus Paris meldet „Aftenposten“: Der norwegische Bankier Steen hielt gestern dort einen Vortrag über die Reise, die er durch die Gefangenenlager in Deutschland machte. Er berichtete, die französische Presse habe die Behandlung der Gefangenen durch die Deutschen übertrieben. Das deutsche Regiment sei straff, jedoch nicht unmenschlich. Abgesehen von der knappen Verpflegung sei die Kost gut. Nur in wenigen Lagern hätten die Gefangenen geklagt. Der moralische Zustand sei ausgezeichnet und seit Kriegsausgang immer besser geworden. Der Vortragende zeigte auch viele Lichtbilder.

Das Wahlrecht keine Belohnung!

Budapest, 20. April. (W. Z. B.) Sitzung des Abgeordnetenhauses. Abg. Stefan Rakobsky (Merikale Volkspartei) begründete seinen Antrag, daß durch eine ergänzende Bestimmung zum Gesetz über das Wahlrecht in das Abgeordnetenhaus allen im Felde stehenden Soldaten das Wahlrecht verliehen werden soll. Ministerpräsident Graf Tisza lehnte diesen Antrag mit dem Hinweis darauf ab, daß das Wahlrecht nicht als Belohnung aufgeföhrt werden könne und daß die Annahme des Antrages Rakobsky die Bedeutung hätte, daß auf Umwegen das allgemeine Stimmrecht eingeföhrt werde, was er grundsätzlich, bei aller Anerkennung für den Heldenmut der Truppen nicht für zulässig halte. Der Antrag Rakobsky wurde hierauf mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Amerikanische Munition für Rußland und Frankreich.

Rotterdam, 20. April. (W. Z. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Die Canadian car and sounden company hat von Rußland einen Auftrag auf Granaten und Explosivstoffe für 16 Millionen Pfund Sterling erhalten; ein Viertel dieser Summe ist bei einer New Yorker Bank deponiert. Dreißig bis vierzig amerikanische Gesellschaften arbeiten an der Bestellung; die Lieferung wird vermutlich in ein bis vier Wochen mit 90 000 Granaten täglich beginnen und soll auf 500 000 täglich im Juli gesteigert werden. Die französische Regierung hat bei den Pulverfabriken von Dupont in Chicago für 20 Millionen Pfund Sterling Pulver bestellt.

Die Staaten nach dem Kriege.

Die finanziellen Verhältnisse Frankreichs nach dem Kriege unterzieht im „Echo de Paris“ vom 20. April der frühere Inspecteur des Finances Ch. de Laforest eine Prüfung. Er geht dabei von der Voraussetzung aus, daß kein Teil gewinnt, keine Kriegsschuldigung gezahlt und der Status quo ante aufrecht erhalten wird; sowie endlich, daß der Krieg nur ein Jahr dauert. Bis zu diesem Zeitpunkt habe Frankreich dann 17—18 Milliarden Kriegsausgaben gehabt, die zu der Staatsschuld in Höhe von 31 Milliarden hinzutreten würden. Bei dem jetzt üblichen Zinssatz von 5 Proz. würden die 18 Milliarden Kriegskosten einen jährlichen Zinsdienst von rund 1 Milliarde erfordern. Wenn ein solcher Frieden geschlossen würde, wie der Verfasser in seiner Voraussetzung annimmt, würde Deutschland zweifellos wieder stark rüsten, wodurch Frankreich andernfalls zu gleichen Leistungen gezwungen würde. Das mache dann ebenfalls mehrere Hundert Millionen aus. Verlässliche man endlich, daß bei der Mobilmachung des französischen Budgets einen Zehnbetrag von 500 Millionen aufwies, so erhöhe sich das jährliche Budget um 2 Milliarden. Diese müßten aufgebracht werden durch Verdoppelung der bestehenden Steuern, durch neue Monopole, obgleich die französischen Steuerzahler jetzt schon unter der Last der Steuern fast erdrückt würden, obgleich Handel und Industrie schon bis zum Uebermaß besteuert seien und die reichsten Landesteile vom Feind besetzt und vernichtet wären. Die nötigsten Ausgaben, die öffentlichen Arbeiten, jede wirtschaftliche und soziale Reform müßte aufgeschoben werden.

Sonach kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß ein solcher Frieden den allgemeinen Ruin herbeiföhren würde, daß er nicht allein für die Finanzen des Staates, sondern auch für die Einzelvermögen verhängnisvoll sein würde. Daher sei die einzige Rettung ein entscheidender Sieg. Gerade diese Rettungsmöglichkeit ist der unsicherste Faktor in der Rechnung des französischen Finanzmannes.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. April. (W. Z. B.) Amtlicher Nachmittagsbericht. In Belgien rücken wir fortgesetzt gegen Norden auf dem rechten Ufer des Jheranals in Verbindung mit belgischen Truppen vor. Wir machten einhundertfünfzig Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Auf den Maas Höhen und in den Vogesen ereignete sich nichts Neues. Der Feind besetzte durch Flugzeuge die offene Stadt Cernay, welche ausschließlich von Sanitätsformationen besetzt ist, mit Brandgeschossen. Genaue Nachrichten melden, daß der Zeppelin, welcher letzte Woche Dünnkirchen mit Bomben belegte, auf Häumen bei Brügge scheiterte. Der Zeppelin ist vollständig verloren.

Zu den Dardanellenkämpfen.

London, 20. April. (Z. U.) Wie eine Depesche der „Daily Mail“ aus Tenedos erkennen läßt, scheinen sich die Engländer vorläufig noch nicht völlig geschlagen zu geben. Das Blatt meldet, daß die Landungsoperationen fortgesetzt werden, das Landungsfort sei an verschiedenen Stellen auf einen überlegenen Feind gestoßen und infolgedessen hätte eine Aenderung der Dispositionen an manchen Orten stattfinden müssen. Das Bombardement der Küstenforts ist gleichfalls wieder aufgenommen worden, der Kampf befindet sich zurzeit im vollen Gange.

Wiederergreifung flüchtiger Kriegsgefangener.

Gassel, 20. April. (W. Z. B.) Von den vor einiger Zeit nachts aus dem Offiziersgefangenenlager in Hann.-Münden entwichenen Kriegsgefangenen hat nicht einer über die Grenze zu gelangen vermocht. Alle Flüchtlinge wurden inzwischen wieder festgenommen.

Soweit Vorrat

Großer Lebensmittel-Verkauf

Konserven

Stangenspargel mittel 1/2 Dose 1.60
 Stangenspargel stark 1/2 Dose 1.70
 Stangenspargel extrastark, 1/2 D. 95 Pf. 1/2 Dose 1.80
 Riesen-Stangenspargel 1/2 Dose 1.05 1/2 Dose 2 M.
 Bruchspargel mittel Dose 1.25 extrastark Dose 1.45
 Spargelköpfe grün 1/2 Dose 1.15
 Schoten mittel Dose 62 Pf. fein Dose 85 Pf.
 Kaiser-Schoten 1/2 Dose 1.30
 Dose ca. 1 Kilo 1 1/2 2 1/2 Kilo

Stangen-Schnittbohnen 52 Pf. 72 Pf. —
 Junge Schnittbohnen I 45 Pf. 65 Pf. 1 M.
 Prinzeß-Bohnen extra fein 1/2 D. 68 Pf. 1/2 Dose 1.25
 Prinzeß-Bohnen fein 1/2 Dose 55 Pf. 1/2 Dose 1 M.
 Spinat fein gewiegt Dose 52 Pf.
 Rote Rüben 1/2 Dose 35 Pf., Dose à 5 kg 1.30
 Tomatenmark italienisch Dose 200 Gr. 24 Pf.

Mockturtle-, Rinderschwanz-Suppe
 klar 1/2 Dose 38 Pf. 1/2 Dose 65 Pf.
 Mockturtle-, Nieren-Suppe
 dick 1/2 Dose 45 Pf. 1/2 Dose 75 Pf.

Kaliforn.-Früchte Birnen, Pfirsiche, Aprikos., Dose 1.65
 Gemischte Marmelade 1/2 Pfund-Dose 45 Pf.

Norw. Fischklöße 1/2 Dose 1 M. und 1/2 Dose 55 Pf.
 Schwedische Gabelbissen Dose 50 Pf.
 Sardinen in Oel Dose 68 Pf. und 1.35

Zum Feldpost-Versand:

Leber-, Rot- und Sülzwurst Dose 68 Pf.
 Mettwurst Dose 75 Pf.
 Leberpaste Dose, ca. 1 Pfund 1.10
 Wild- und Geflügelpaste Dose 65 Pf.
 Rindfleisch in eigenem Saft Dose 1.20
 Klopse und Frikandellen Dose 1.15
 Norw. Heringe in Tomaten Dose 40 u. 55 Pf.
 Norw. Heringe in Bouillon Dose 40 u. 55 Pf.
 Norw. Sprotten in Tomaten Dose 40 Pf.
 Norw. Sprotten in Oel Dose 40 Pf.

Obst und Gemüse

Salat 3 Kopf 20 Pf.
 Spinat Pfund 10 Pf.
 Mohrrüben 3 Pfund 25 Pf.
 Porree Bund 10 Pf.
 Schnittlauch Topf 15 Pf.
 Chicorée Pfund 25 Pf.
 Blutapfelsinen Dtz. 45 u. 50 Pf.
 Zitronen Dutzend 30 Pf.
 Waldmeister 3 Bund 10 Pf.

Räucherwaren

Ahbl. Flundern Pfd. 50 u. 65 Pf.
 Hamb. Fettbücklinge St. 10 Pf.
 Schleibücklinge . 3 Stück 25 Pf.
 Schleibücklinge . 2 Stück 10 Pf.
 Seehasen Stück 30 Pf.
 Fr. Hummerkrabben Pfd. 95 Pf.
 Matjesheringe
 Stück 10 15 20 25 Pf.

Wurstwaren

Salamiwurst Pfund 2.10
 Zerkelat- u. Salamiwurst Pfund 1.90
 Schinkenwurst Pfund 1.80
 Landschinken ca. 8-12 Pfund Pfund 1.90
 Rollschinken ca. 6-8 Pfd., Pfd. 2.20
 Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 1.80
 Landleberwurst Pfund 1.20
 Sardellen-, Trüffel- und Tomaten-
 Leberwurst in kleinen Würsten Pfund 1.50
 Jagdwurst Pfund 1.30
 Rotwurst Pfund 85 Pf. 1.10
 Schinken in Dosen, netto eingewog. Gewicht 8-12 Pfund, Pfd. 1.90
 Zungen in Dosen, netto eingewog. Gewicht Pfund 2.80

Weine

Moselwein einschl. Pf. bei 10 Pf.
 Obermoseler 67 Pf. 65 Pf.
 1911 er Wintringer 85 Pf. 82 Pf.
 1911 er Remicher Riesling 95 Pf. 90 Pf.
 1911 er Sennheimer 1.25 1.20
 1911 er Lieserer 1.35 1.30

Rheinwein einschl. Pf. bei 10 Pf.
 1912 er Edenkoberer 67 Pf. 65 Pf.
 1912 er Malkammerer 85 Pf. 82 Pf.
 1912 er Gaubickelheimer 1.05 1 M.
 1911 er Oppenheimer 1.35 1.30
 1910 er Winkeler Stelnacker 1.55 1.50

Borsdorfer Apfelwein 38 Pf. 36 Pf.
 Rheinisch. Apfelwein 44 Pf. 42 Pf.

Rotwein einschl. Pf. bei 10 Pf.
 St. Mathieu 72 Pf. 70 Pf.
 St. Barbera 85 Pf. 82 Pf.

Südwein einschl. Pf. bei 10 Pf.
 Feiner Tarragona 95 Pf. 92 Pf.
 Alter Malaga dunkel 1.70 1.65
 Lacrimae Christi golden Malaga 1.55 1.50
 Insel Samos 95 Pf. 92 Pf.
 Vermouth di Torino 1.20 1.15

Kakao

Holländ. Kakao Pfund 2.10
 Haushalt - Schokolade
 gute Qualität Pfund 1.50

Butter

Tischbutter Pfd. 1.68 1/2-Pfd. 84 Pf.
 Tafelbutter Pfd. 1.72 1/2-Pfd. 86 Pf.
 Bosnische Pflaumenmus Pfund 48 Pf.
 Holl. Bienenhonig Pfund 80 Pf.
 Kunstschmalz Pfund 1 M.

Frisches Fleisch

Kalbskeule im ganzen Pfund 80 Pf.
 Kalbsrücken im ganzen Pfund 75 Pf.
 Kalbsbug Pfund 70 Pf.
 Kalbskamm und -brust Pfund 65 Pf.
 Kalbshaxe Pfund 60 Pf.
 Schmorfleisch mit Knochen Pfund 85 Pf.
 Roastbeef mit Knochen Pfund 85 Pf.
 Rinderbrust Pfund 80 Pf.
 Rinderkamm Pfund 75 Pf.
 Querrippe Pfund 70 Pf.
 Ochschwanz Pfund 70 Pf.
 Rinderzunge gepökelt Pfund 1 M.

Junge Gänse Pfund 1.45
 Suppen- u. Brathühner Stck. 3.50 bis 4.90

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf, Pfund 35 Pf.
 Schellfisch Pfund 38 Pf.
 Rotzungen, große Pfund 55 Pf.
 Steinbutten Pfund 90 Pf.
 Lebende Spiegel-Karpfen Pfund 85 Pf.
 Lebende Hechte Pfund 95 Pf.
 Lebende Schleie Pfund 98 Pf.
 Lebende Aale 1/2 bis 3 Pfund Pfund 1.35
 Lebende Plötzen Pfund 38 Pf.

Lebende Pflanzen Sonder-Preise Freitag und Sonnabend Garten-Geräte

Pelargonien Topf 42 u. 48 Pf.
 Efeu geranien Topf 75 u. 95 Pf.
 Petunien Topf 38 Pf.
 Efeu starke Pflanzen 85 Pf.
 Wilder Wein starke Stauden 45 Pf.
 Begonienpflanzen Stück 15 Pf.
 Stiefmütterchenpflanzen Dtz. 60 Pf.

Tausendschön (Bellis) Dtz. 75 Pf.
 Primelpflanzen Dtz. 95 Pf.
 Nelkenpflanzen Dtz. 1.10
 Vergißmeinnichtpflanzen Dtz. 60 Pf.
 Lorbeerkrone und Pyramiden
 besonders preiswert
 Blumen- u. Gemüsesamen Paket 6 Pf.

Gießkannen Weißblech, innen rot gestr. 1 M. bis 1.75
 Gießkannen grün lackiert 40 bis 80 Pf.
 Gießkannen verzinkt, oval 4.75 bis 5.25
 Gartenschlauch mit Einlage, Meter 1.50 u. 2.25
 Schlauchrollen eisern., lack. 6.50 9.50 13 M.
 Gartenkarren eisern 12.75 u. 16.50
 Gartenspaten eisern 2 M. 2.15 2.30

Gartenharken eisern 25 bis 65 Pf.
 Kartoffelhacken eisern 25 bis 35 Pf.
 Beetbefassungen grün lackiert 8 und 12 Pf.
 Blumengitter grün lackiert 55 Pf. bis 1.10
 Balkonkästen Holz, grün lackiert 5 Größen 55 Pf. bis 1.60
 Rosenstäbe grün lackiert, 4 Größ. 25 bis 40 Pf.
 Gazeschränke Blech lack. 3 Gr. 6.50 9.— 11.50

Zusendung nur nach vorheriger Bezahlung; leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Otto Piehl
 BERLIN N
 Brunnenstrasse 120
 Solide Möbel
 billig und gut
 auch auf Teilzahlung
 Grosse Umsätze
 Beste Referenzen.
 Sonntags von 9-10 Uhr geöffnet.

In Freien Stunden
 Die Wochenzeitung für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Verkäufe.
 Bettenverkauf! Brautvolle 5,75, 7,50, 9,75, Brautbetten, Daunenhüllen 19,50, 22,50. Neue Aussteuermöbelle. Spottbillig! Teppiche, Bilderpakete 6,90, Stoves, Gardinen, Auswähl, Tischdecken, Steppdecken, Dinnanbetten, Sommerpaletts 4,50. Anzüge, Hosen, Hüten, Seiten! Alles spottbillig! Pfandleihe! Brunnenstrasse 47. Befreiung jeder Wertsache! Geschäftzeit 9-12, 2-7.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Dinnanbetten, sehr billig. Vormwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Braun, Paderfer Markt 4 (Bahnhof Börle). 246/4

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Hüten, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Uebekannte Firma. Nag. Weiß, Große Frankfurterstrasse 88.

Gilt zum Barverkauf im Pfandleihanst. Hermannplatz 6. Großberlin allerbilligste Einkaufsquelle. Spottbilliger Barverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Hütenverkauf, Goldschmuck, Jagdtanzüge, Sommerpaletts, Herrenhosen, Herrenjacken, Damen- und Herrenkleider, Aussteuermöbelle, Damen- und Herrenkleider, Verkleidungsbelt, Verkleidungsbelt, Kaufgelegenheit Hermannplatz 6.

Teppich-Thomas, Drantenstr. 44 spottbillig farblich gefärbte Teppiche, Gardinen, Vormwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. 810

Teppiche, Farbensehler, spottbillig, Vorhänge, Gardinen, Dinnanbetten, Tischdecken, Steppdecken, Käuferstoffe. Extrarabatt 10 Prozent. Bilder, Potsdamerstrasse 109. 168

Monatsgarderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene, fast neue Jacketanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Hüten, Paletots, Outinganzüge, gestreifte Seinfleider, Bauhanzüge, großes Lager. Galbarn, Rosenhallerstrasse 4. Rein Labeneingang. Nur eine Treppe.

In Freien Stunden. Wochenzeitung für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements, wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabestellen des "Vormwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche (Farbensehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken, Gesellschaftsanzüge, Rauterhoff, Br. Frankfurterstrasse 9, parterre. "Vormwärts"-Leier 6 Prozent. 68

Stämme, Sportjaden, schwarze Frauenmütel, Albalammütel, Seidenmütel, Frauenkostüme, Hüten, Röde, direkt aus Arbeitsstuben, spottbillig. Meyer, Bilderstrasse 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 768

Möbel.
 Möbelfabrik. Komplette Wohnungsseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequeme Abzahlung. Kredithaus. Lindenstr. 13, Köpenickerstr. 77/78, Ede Bräunerstr. nahe Zammowitzbrücke.

Kriegshäuser. Bildschöne Wohnungsrichtungen, herrliche Küche, alles neu, neu, zusammen nur 225,-, verkauft Glas, Rosenhallerstr. 57, vorn III. (Gewerblich.) Händler verkehrt. 30/10

Zentralmöbelfabrik. Pringenstr. 71 verkauft Kleiderhülle, Bettstoffe 15,00-40,00, Ruhebetten, Auszugstische 15,00-25,00, englische Bettstellen. Trumeaus 30,00-45,00. Ganze Wohnungsrichtungen. 308

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Ackerstr. 54.

Nur im Kriege diese Preise, nie wiederkehrend. Kleiderhülle, Bettstoffe mit Vergrößerung 42,-, Bettstelle englisch mit Matratze 45,-, großer Teppich 20,-, Ausbaum-Diplomat 56,-, komplette Küche 56,-, Ankleidekranz mit Spiegel 68,-, Auszugstisch mit Verbindung 28,-, Nachtschreibtisch mit Marmor 26,-, Kommode 20,- und viele Einzelmöbel für jeden annehmbaren Preis. Christ, Alte Schönhauserstr. 32.

Kaufgesuche.
 Jahnegebisse! Braugold! Silberlachen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christian, Köpenickerstr. 29a (gegenüber Kanteufelstr.). 27/3

Arbeitsmarkt.
 Stellengesuche.
 Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haiselbach, Reutbahn, Niemegstr. 10.

Arbeitsmarkt.
 Stellenangebote.
 Tüchtige Orthopädie-Redakteur verlangt sofort. D. Biedler, Bauhofstr. 10/11. 1637b

Arbeitsmarkt.
 Zuschneider
 auf Kartonagen für Apotheke und Konfitüren, selbständiger, geübter Arbeiter. sofort verlangt. 36/3

Arbeitsmarkt.
 Tüchtige Eisenformer und Kesselschmiedearbeiter
 sofort gesucht. 36/3

Arbeitsmarkt.
 Fahrpersonal.
 Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt. Meldungen mit Papieren im Kontor d. "Schultheiß" Brauerei u. S. Richterfelderstr. 11/17

Arbeitsmarkt.
 Schlafstellen.
 Möblierte Schlafstelle Dresdenerstr. 111, vorn I., Ausgang I. Landstr. 36/2

Arbeitsmarkt.
 Stellengesuche.
 Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haiselbach, Reutbahn, Niemegstr. 10.

Arbeitsmarkt.
 Stellenangebote.
 Tüchtige Orthopädie-Redakteur verlangt sofort. D. Biedler, Bauhofstr. 10/11. 1637b

Arbeitsmarkt.
 Zuschneider
 auf Kartonagen für Apotheke und Konfitüren, selbständiger, geübter Arbeiter. sofort verlangt. 36/3

Arbeitsmarkt.
 Tüchtige Eisenformer und Kesselschmiedearbeiter
 sofort gesucht. 36/3

Arbeitsmarkt.
 Fahrpersonal.
 Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt. Meldungen mit Papieren im Kontor d. "Schultheiß" Brauerei u. S. Richterfelderstr. 11/17

Arbeitsmarkt.
 Schlafstellen.
 Möblierte Schlafstelle Dresdenerstr. 111, vorn I., Ausgang I. Landstr. 36/2

10-12 tüchtige Schloßbauer
 werden für dauernde Beschäftigung (Roh- und Uffordarbeit) für sofort gesucht.
 S. J. Arnheim,
 größte Spezialfabrik für Geldschranke und Tresorfabr., Badstr. 40/41.

Metallschleifer, Revolverdreher
 sofort gesucht.
 Odeon-Werke,
 Weißensee, Lehderstr. 20-25.

Warmorarbeiter
 mit Schleif- und Sägemaschinen vertraut, bei hohem Lohn und Heilbergrütung stellen ein: Odeutsche Warmorwerke, Königsberg i. Pr., Tragh. Röhrenstr. 3.

Tüchtiger Bügler
 für Herrenkonfektion, 70-80 Pf. Wochenlohn, findet dauernde Beschäftigung. 36/14

Durra & Sachs
 Stralauer Str. 42/43

Stimmen aus der Partei.

Genosse Philipp Scheidemann berichtet durch die Stampferische Korrespondenz einen Artikel „Der Wille zum Frieden“.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 25. April über eine Rede berichtet, die Genosse Vandervelde am 18. April in Paris gehalten hat.

Wandervelde erinnerte daran, daß er das letzte Mal in Paris zugleich mit Jaurès und mir für den Frieden gesprochen habe und fuhr fort:

Heute komme ich über den Krieg und für den Krieg zu sprechen. Und dennoch habe ich mich nicht geändert. Ich bin, was ich gestern war, sozialistischer und internationaler Friedensfreund, und in dieser Eigenschaft bin ich für den Krieg bis ans Ende.

Die Lesart dieser Ausführungen ist mir überaus schmerzhaft gewesen, denn Vandervelde ist nicht nur Staatsminister, er ist auch Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Trotzdem: Vandervelde sprach für den Krieg, für den Krieg bis ans Ende! Und was er, der wie alle Belgier, Franzosen und Engländer immer noch an einen gewaltigen Sieg über Deutschland glaubt, unter dem Krieg bis ans Ende versteht, darüber hat er niemand im Zweifel gelassen:

Ich fühle Jörn gegen jene unserer Gefinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe. Ah, nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen.

Das ist jetzt nach neun furchtbaren Kriegsmontaten unserem Lande gegenüber immer noch die gleiche Sprache, die mich schon vor drei Monaten veranlaßt hat, darauf aufmerksam zu machen, daß uns bei all unserer Friedensliebe unter den obwaltenden Umständen gar nichts anderes übrig bleibt als „durchzuhalten“.

Kein verständiger Mensch würde einen für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden bis übermorgen verschoben wollen, wenn er morgen abgeschlossen werden könnte.

Leider, so habe ich damals schon feststellen müssen, seien wir noch nicht so weit, denn alle unsere parteiunabhängigen Auslassungen über den Frieden, im Reichstag sowohl wie in einer Kundgebung des Parteivorstandes, hätten auf der Gegenseite (ausgenommen die englische J. L. P.) leider nicht das gleiche Echo erweckt.

Die Genossen in den mit uns kriegsführenden Ländern sollten sich doch auch einmal bemühen, unsere Situation zu verstehen. Gegen eine gewaltige Uebermacht kämpft unser Land; was ihm bevorsteht, wenn es den Gegnern gelänge, die Oberhand zu gewinnen, darüber hat man uns von der anderen Seite nicht im Zweifel gelassen.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besetzt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.

Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat.

Das despotische Rußland war für uns der Feind; das republikanische Frankreich und das demokratische England stellten sich an die Seite des Jaurès. Das furchtbare Ringen begann. Es gelang unseren Truppen, unser Land nahezu gänzlich von feindlichen Truppen frei zu halten.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Ich fühle Jörn gegen jene unserer Gefinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe. Ah, nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen.

Zum Friedensschluß gehören immer mindestens zwei. Solange der eine dazu nicht bereit ist, muß der andere durchhalten, wenn er sich nicht auf Gnade oder Ungnade ergeben will, in der Hoffnung, daß man milde mit ihm umspringt.

Gäbe es einen Menschen, der imstande wäre, diesem furchtbaren Kriege ein Ende zu bereiten, und er führte den Frieden nicht sofort herbei, er wäre der größte Verbrecher, den die Welt je gesehen. In doch jeder Tag, den der Krieg länger dauert, ein entsetzliches Unglück für die Menschheit.

Ich weiß, daß in Belgien nicht alle denken wie Vandervelde, in Frankreich nicht alle wie Voillant, in England nicht alle wie Hyndman. Aber auch das weiß ich bestimmt: alle Genossen in Deutschland sind einig in dem Wunsche, daß das Ziel der Sicherung als erreicht festgestellt werden könnte und daß die Gegner zum Frieden geneigt wären.

Gibt es für die Sozialisten der kriegsführenden Länder eine Möglichkeit, von verschiedenen Punkten ausgehend dem gleichen Ziel entgegenzuziehen? Ich glaube doch! Wir dürfen keiner von dem andern etwas verlangen, was einer Preisgabe der Sache des eigenen Volkes gleichkäme.

wir nur dazu da sind, unser eigenes Volk zu verteidigen, nicht aber dazu, andere Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierung zu züchtigen.

Wenn für Vandervelde die Freiheit Belgiens die unerlässliche Vorbedingung für den Friedensschluß ist, so begreifen wir das durchaus. Es ist aber etwas anderes, für die Freiheit des eigenen Volkes einzutreten, als Krieg bis ans Ende und Sühne zu predigen.

Krieg bis ans Ende, ist ein furchtbares Wort. Die weit der Weg dahin ist, weiß keiner. Wir wissen aber alle, daß er mit Leiden und Trümmern besät ist.

Soweit Genosse Scheidemann. Manchen seiner Ausführungen können wir in ihrer Grundtendenz zustimmen, vieles aber erscheint uns in einem anderen Sinne als dem Genossen Scheidemann.

Freiherr von Zedlitz redet sich in der „Post“ in gar gewaltigen Jörn über die jüngsten Reden der Asquith, Churchill und Kitchener über die deutsche Kriegführung hin:

Politische Uebersicht.

Kaltes Blut auch hinter der Front.

Die in den weitesten Kreisen unseres Volkes ohnehin schon herrschende Erbitterung gegen England muß dadurch geradezu zu glühendem Haß gesteigert werden. Nicht die Plamacherei für einen vorzeitigen Frieden mit dem Inselreiche bildet jetzt mehr eine Gefahr, im Gegenteil ist die Befürchtung nicht ganz abzuweisen, daß unter der nur zu berechtigten Empörung uns die Kaltblütigkeit verloren gehen könnte.

An eine andere Wirkung ihrer Brandreden scheinen die britischen Minister offenbar nicht gedacht zu haben. Alle Nachrichten von der Front stimmen darin überein, daß bei unseren Truppen infolge der vielfach unehrenhaften Kriegführung der Engländer bereits die größte Erbitterung gegen diese herrscht.

Trotz seiner Mahnung zur Kaltblütigkeit scheint Herr von Zedlitz selbst sie schon verloren zu haben. Rügen die Anklagen der englischen Minister gegen die deutsche Kriegführung noch so unberechtigt sein — weshalb sollen für Neukerungen von Ministern englische Soldaten an der Front hühen?

Gegen ein engeres Bündnis mit Oesterreich.

Kürzlich hat sich die „Post“ aus Anlaß einer Buchbesprechung gegen vorzeitige Schlüsse über die Situation Oesterreich-Ungarns nach dem Kriege gewandt.

Es gibt Dinge, die so klar und einfach sind, daß man sich beinahe schämt, sie und ihre Zusammenhänge besonders zu erörtern.

Höchst unhympathisch ist der „Deutschen Tageszeitung“ sogar der Vorschlag, den Bündnisvertrag durch die Volkstretungen der beiden Staaten genehmigen und in den Gesetzes-sammlungen veröffentlichen zu lassen.

Wir finden dafür freilich an sachlicher Begründung nichts, trotz aufrichtigen Bemühens, etwas zu finden.

den Wortlaut der Verträge zu kennen. Wenn wir nicht irren, hat auch die „Deutsche Tageszeitung“ selbst sehr häufig darauf hingewiesen, daß das englische, belgische und französische Volk durch ihre Diplomaten über die Tatsache und den Charakter von Bündnissen im Unklaren gehalten und direkt irreführt worden sind.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ es weiter für völlig verfrüht hält, die künftigen politischen Beziehungen der Zweibundstaaten eher zu erörtern, als bis der Friede geschlossen, so können wir ihr auch da nicht zustimmen.

Was tat Bismarck während des Krieges?

Darauf gibt Kaumann in seiner „Silke“ folgende Antwort: „Wenn Bismarck gewesen wäre wie andere Leute, dann hätte er während des Krieges aus Gründen sonstiger Ueberarbeit und wegen des Burgfriedens und wegen häßlicher Schwierigkeiten und weil es in Süddeutschland verstimmen könnte, die Reichsgründung nicht angerührt, sondern es durch seine Stellvertreter in Berlin als Weisheit preisen lassen, daß man so schwierige Dinge erst nach dem Frieden in die Hand nehmen dürfe.“

Und was würde Bismarck jetzt mitten im Kriege tun? Wer kann sagen, was er alles tun würde? Eins nur ist sicher: er würde im Kriege den Zusammenhalt mit Oesterreich-Ungarn endgültig ordnen! Das würde er tun! Er würde nicht warten, bis die Karpaten wieder still liegen und die Finanzvorlagen die Gemüter gefangen nehmen.

Wahrscheinlich auch würde er die Reorientierung der inneren Politik, von der der gegenwärtige Reichskanzler und sein Stellvertreter wiederholt gesprochen haben, nicht so lange hinausschieben, bis man sich gar nicht mehr recht erinnern kann, welche Freude bei Regierung und deutschen bürgerlichen Parteien herrschte, als Sozialdemokraten, Polen, Deutschböhmen, Elsässer in wunderbarer Einmütigkeit in den Krieg zogen.

Wucherische Steigerung der Schweinepreise.

Der Direktor des Statistischen Amtes zu Schöneberg-Berlin, Dr. Kuczynski, schreibt über die Entwicklung der Schweinepreise während der Kriegszeit: Vor Ausbruch des Krieges waren die Schweinepreise auf dem Berliner Viehmarkt ungewöhnlich niedrig.

Zunehmend hatte sich bereits gegen Ende Dezember ein Anziehen der Preise geltend gemacht. Am 30. Dezember betrug der Mittelpreis 65 M., das ist mehr als an irgend einem Markttage im Februar 1913.

Ganz gleiche Preissteigerungen wurden in anderen Städten beobachtet. In Düsseldorf stieg der Preis für Ferkelschweine sogar von 44,50 M. auf 102 M. Dabei handelt es sich hier nur um amtliche Notierungen, im freien Verkehr zwischen Viehhändler und Großschlächter sind zum Teil noch weit höhere Preise gefordert und bezahlt worden.

Die Nachprüfung der Kriegslieferungsverträge

durch ein Reichsgesetz fordert der Bürgermeister Weizenborn (Halberstadt) in der „Allg. Ztg.“ (Nr. 426). Er wendet sich gegen den Gedanken einer Kriegsgewinnsteuer, die aus den verschiedensten Gründen nicht gerechtfertigt sei; das Mehrerlösen der Kriegsindustrie sei nur ein sehr erwünschtes und wichtiges Gegenstück zu den Mindereinnahmen und Verlusten der nicht für den Krieg arbeitenden Industrie (!), und die nachträgliche Besteuerung sei eine bisher unerhörte und überaus gefährliche Gesetzgebung mit rückwirkender Kraft.

In einem Falle, in dem der Staat 15 M. für einen Teil einer Granate bezahlt hat, den der Lieferant ohne Risiko vom Fabrikanten selbst für 3,50 M. bezog und in dem dieser Zwischenhändler eine Million Mark verdient hat, müßte dieser 70,80 oder 90 Prozent seines Gewinnes herausgeben, während ein Fabrikant, der an 100.000 selbstgefertigten Geschützen 2 Millionen Mark verdient, keinen Abzug zu befürchten hat.

Die Steuerbehörden könnten, so meint Weizenborn, als Organe der Kaufmannsvereine mitwirken; zu letzteren sei ein staatlicher Richter und ein Mitglied der Handelskammer heranzuziehen. Schamlos hohe Gewinne würden meist an Hand der Verträge herauszufinden sein.

Für die Vorschläge Weizenborns spricht manches, nur dürfte es in der Praxis ungeheuer schwer sein, ohne Willkür die Grenzen des „schamlos hohen Gewinnes“ zu ziehen. Dem Gerechtigkeitsförm des Volkes sind derartige Unterscheidungen überhaupt schwer zugänglich; Kriegsgewinn bleibt Kriegsgewinn, und die Millionenverdienste in einer Zeit, in der so ungeheure Opfer an Gut und Blut gebracht werden, sollten sich einer kräftigen Kriegsgewinnsteuer unterwerfen werden.

Die Regelung der Futterverhältnisse.

Der preussische Landwirtschaftsminister erläßt eine Bekanntmachung, in der unter Hinweis auf die unerhörte Spekulation und Preistreiberi, die durch zahlreiche Unternehmer und Zwischenhändler auf dem ganzen Futtermarkt Platz gegriffen habe, mitgeteilt wird, daß die Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 39, auf Erlaß des Reichs die unumgänglich nötige Regelung der Futterverhältnisse übernommen habe. Der Bezugsvereinigung, deren Tätigkeit gemeinsam ist, sind der Reihe nach übertragen worden:

1. die Verteilung der aus den besetzten Gebieten stammenden, von der Heeresverwaltung den Verteilungsstationen im Westen und Osten zugeführten Futter- und Düngeartikel;
2. die Verteilung der vom Zentraleinkauf erworbenen Futtermittel;
3. die Verteilung der zuderhaltigen Futtermittel;
4. die Verteilung der Kleiebestände, soweit sie nicht den Kommunalverbänden von Haus aus überlassen bleiben;
5. die Verteilung der übrigen Kraftfuttermittel.

Schließlich hat die Vereinigung noch selbst Futtermittel erworben, die sie ebenfalls zur Verteilung bringt.

Die Bezugsvereinigung kann zur unmittelbaren Abgabe an die einzelnen Landwirte nur über die Futtermittel frei verfügen, die aus den besetzten Gebieten stammen, die ihr vom Zentraleinkauf übergeben sind und die sie selbst erworben hat. Dagegen kann sie die zuderhaltigen Futtermittel, die Kleie sowie die übrigen Kraftfuttermittel nur an die Kommunalverbände liefern. Diese haben die Unterverteilung an die Landwirte und Viehhalter unter Inanspruchnahme des Handels oder auf andere Weise zu bewirken.

Kommt eine Einigung über den Preis zwischen dem Lieferungsrichter und der Bezugsvereinigung nicht zustande, so entscheidet die zuständige höhere Verwaltungsbehörde. Bei den aus den besetzten Gebieten kommenden Gütern wird der Uebernahmepreis durch die Heeresverwaltung festgesetzt.

Der Verkaufspreis an den Verbraucher ist ebenfalls festgelegt, die Bezugsvereinigung kann für die Verteilung einen Aufschlag auf den Uebernahmepreis von 4 Proz. berechnen, der Kommunalverband für die Unterverteilung einen solchen von 3 Proz. Die Bezugsvereinigung darf aber nur 0,2 Proz. als Vermittlungsgebühr für sich zurückbehalt, der verbleibende Ueberzuschuß muß zum Ankauf von Futtermitteln aus dem Ausland verwendet werden.

Abg. Scherre gestorben.

Der freikonservative Abgeordnete Scherre ist in Leubingen, seinem Geburtsort bei Erfurt, im Alter von 76 Jahren gestorben. Scherre, der früher Landwirt war, vertrat seit 1898 den Wahlkreis Sangerhausen-Erfurt im Abgeordnetenhause und denselben Wahlkreis von 1898—1911 im Reichstag.

Gegen den Kriegsschund.

Kristiania, 29. April. (N. T. B.) (Werbung des norwegischen Telegrammbureaus.) Die in der deutschen Presse besprochene Zeichnung mit Text „Die Schweine Kaiser Wilhelms“ in einem hiesigen Wochenschrift hat überall in Norwegen Argernis erregt. Obwohl das Wochenschrift nur wenig verbreitet ist, haben mehrere leitende Zeitungen, darunter „Morgenbladet“ und „Korsete Intelligensblad“, das unzüchtige Auftreten des Blattes scharf getadelt. Die betreffende Karikatur stellt eine schwere Verunglimpfung Deutschlands dar.

Stadtverordnetenversammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 29. April 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mittelst eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Von den durch den Tod des Stadtd. Albert Schulze (Linke) frei gewordenen Stellen sind noch diejenigen im Ausschuss für Inhabersdienste und in der gemischten Deputation für die Lebensmittelversorgung Berlins zu besetzen. Gemeldet sind für den Ausschuss Barthelmann (Soz.) und Rossbach (Linke), für die Deputation Groß (Linke) und Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.). Die Kandidatur Groß wird zurückgezogen. Dr. Kuhlmann durch Jurus gewählt. Aus der Stimmentzählung in den Ausschuss für Inhabersdienste geht Rossbach als Sieger hervor; auf ihn fielen 46 Stimmen, Barthelmann erhält 31.

Zur Beratung steht zunächst der Entwurf eines Gemeindebeschlusses über die

Einrichtung der städtischen Elektrizitätswerke Berlin.

Ueber die damit in Verbindung stehende Vorlage betr. die Annahmeverträge für die Direktoren und stellvertretenden Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke soll in geheimer Sitzung verhandelt werden. Nach dem Entwurf wird eine Direktion, bestehend aus zwei technischen Direktoren und einem kaufmännischen Direktor, die Geschäfte selbständig führen; die Aufsicht soll durch einen Ausschuss wahrgenommen werden, der aus vier Magistratsmitgliedern, sechs Stadtverordneten und zwei Bürgerdeputierten zusammengesetzt werden soll.

Oberbürgermeister Vermuth: Es gilt jetzt, zu zeigen, daß sich für den Geist, in welchem die Stadt diese Verwaltung führen will, auch die richtige Form findet. Es muß und wird uns gelingen, die Mittel der Städteordnung so flüssig zu machen, daß wir mit ihnen auch ein größeres Gewerbe, das wir mit ihnen auch Handel treiben können. Jetzt haben wir eine Einrichtung zu bilden, welche in der Städteordnung vorgesehen ist, von der man aber noch keinen Gebrauch gemacht hat, nämlich eine Deputation, die nicht verwaltet, sondern die Aufsicht übt. Die müssen wir von Ihnen erhalten. Es tritt dann daran die Direktion als verwaltendes, als handelndes Organ, befreit von dem Zwange unnötiger Formen, welche das Geschäftsgewerbe hindern könnten; dann wird aber auch die Funktion des Aufsichtorgans ihre richtige Form finden. Den ersten Schritt, wie ihn die Vorlage andeuten, sollten wir ohne Zögern tun; er ist entscheidend für das Schicksal des ganzen Vorgehens. Lassen Sie uns den wichtigsten Moment wisse, aber auch mit Energie nützen. (Beifall.)

Stadtd. Cassel (Linke): Unter meinen Freunden sind die Anträge über die vorgeschlagene Einrichtung geteilt. Ueberein-

stimmend soll man den bisherigen Verwaltungsausschüssen für ihre Verwaltungsarbeit unbedingtes Lob, auch hinsichtlich der eben. Richtigkeit der Entscheidungen. Ueber die Richtigkeit und die Vorteile einer anderen Organisation werden wir in einem Ausschuss, dessen Einsetzung wir beantragen, weiter zu verhandeln haben. Kaufmännische Verwaltung ist übrigens durchaus nicht gleichbedeutend mit Beschränkung der Aufsicht und Kontrolle. Das Wort „Ausschuss“ für diese Kontrollinstanz ist uns nicht sympathisch; wir werden es durch ein inhaltvolleres zu ersetzen versuchen. Jedemfalls sind die Aufsichtsbefugnisse des „Ausschusses“ zum Teil zu eng begrenzt, z. B. bei Anlageposten, bei Neubeherrschung von Arbeitskräften u. dgl. Die Erweiterung wird keine Schwierigkeiten haben, der Ausschuss wird häufig genug zusammenzutreten müssen. Die Ueberaufsicht des Magistrats wird ebenfalls etwas bestimmtere Formen annehmen haben. Die Mitwirkung der Versammlung in dieser Verwaltung darf nicht zurückgedrängt werden; die Zahl der Stadtverordneten im Ausschuss ist deshalb zu erhöhen. Die Rechte der Selbstverwaltung müssen wir auch hier nicht preisgeben. Ueber alle diese Bedenken wird sich hoffentlich eine Verständigung erzielen lassen. (Beifall.)

Stadtd. Hamburger: Es handelt sich hier um ein Unternehmen, das nicht vom einseitigen Ressortinteresse aus verwaltet werden darf. Die Tariffrage, das Verhältnis zu den Vororten sowie zu der Gewerksverwaltung usw. haben den Magistrat bewogen, statt der Aktiengesellschaft die vorliegende Form zu wählen, in welcher die Rechte der Selbstverwaltung durchaus gewahrt erscheinen. Ein Unternehmen der vorliegenden Art mit monopolartigem Charakter ist bisher von der Stadt noch nicht verwaltet worden; wir werden uns hier in den Konkurrenzkampf zu stürzen haben, nicht bloß im Innern der Stadt, sondern auch außerhalb, da 20 Proz. der Produktion der B. G. M. nach den Vororten gehen. Die notwendige neue Form für dies durchaus neue Unternehmen sehen wir in der Aufsichtsdeputation, deren Befugnisse keineswegs eng umschrieben sind. Auch hier wird es weniger auf die Paragraphen, als auf den Geist und die Männer ankommen, die das Werk leiten sollen.

Stadtd. Heilmann (Soz.): Mit den Grundlagen der Vorlage sind wir einverstanden. Wenn wir die Verstaatlichung der großen Monopolbetriebe verlangen, sind wir auch immer bereit gewesen, alle Konsequenzen zu ziehen, und dazu gehört in erster Reihe, daß den Werken eine Verfassung gegeben wird, die sie befähigt, ihre große Aufgabe voll zu erfüllen. Die vorgeschlagene Organisation genügt noch unserer Ansicht in den Grundzügen. Auch wir wollen die Mitwirkung der städtischen Körperschaften in keiner Weise missen, können aber auch nicht finden, daß sie ungebührlich beeinträchtigt wird. Selbstverständlich liegt in der neuen Organisation eine gewisse Einbuße in der bisherigen Machtvollkommenheit der Gemeindebehörden. Diese wird aber wettgemacht dadurch, daß kein schleppender Geschäftsgang die Erledigung der Geschäfte hindert. Nähere Ausführungen zu erhalten wünschen auch wir und hoffen auch Anregungen auf Abänderung von Einzelheiten zu geben. Wir stimmen daher der beantragten Ausschussberatung zu in der Hoffnung, daß eine Organisation herauskommen wird, die der Stadt zur Ehre und zum Vorteil gereicht. (Beifall.)

Stadtd. Mommsen (Fr. Fr.): Das Schlagwort „kaufmännische Organisation“ verbirgt noch keineswegs eine kaufmännische Verwaltung. Was wir brauchen, ist eine bewegliche Direktion. Sind die Direktoren tüchtige, gewandte Fachleute, so werden sie diese Bewegungsfreiheit sich schon zu verschaffen wissen. Auf diese Normalien legen wir daher keinen ausschlaggebenden Wert. Die Rechte der städtischen Behörden erscheinen uns in dem Entwurf durchaus gewahrt; über die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten im Ausschuss ließe sich reden. An der Verabschiedung des Gemeindebeschlusses werden wir gerne mitwirken.

Nach einer Replik des Stadtd. Cassel auf Einzelheiten in den Ausführungen Heilmanns, Mommsens und des Magistratsvertreter und nachdem Stadtd. Jacobi (Linke) für die bisherigen Verwaltungsausschüssen unter Exemplifizierung auf die Gaswerke eine lange Rede gehalten hat, wird die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Das festgesetzte Grundstück Choriner Straße 74 soll nunmehr der Deputation für die städtischen Hoch- und Fortbildungsschulen überlassen und der VII. Pflicht-Fortbildungsschule für Jünglinge zur Benutzung übergeben werden. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Verein für soziale Kolonisation Deutschlands hat die Stadt im Februar 1914 ein Darlehen von 100.000 M. gewährt, wofür der Verein Berliner Arbeitslose auf seinen Kulturstätten zu beschäftigen hat. Da der Verein durch den Krieg sich in seiner gemeinnützigen Tätigkeit unterbunden sieht, soll ihm ausnahmsweise ein zur Rückzahlung fällig gewordener Teilbetrag von 15.800 M. gestundet werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Von dem Stadtd. Barowski und Gen. (Soz.) ist am 22. April folgender Antrag eingebracht worden: Die Versammlung solle beschließen, den Magistrat zu erlauben, in unzulässiger Weise Einrichtungen zu treffen, um den zahlreichen zur Zeit ihrer Entbindung entgegensehenden Frauen Gelegenheit zu bieten, unter sachverständiger Pflege entbunden zu werden.

Stadtd. Dr. Zabel (Soz.): Vor 14 Tagen wurde im „Vorwärts“ mitgeteilt, daß eine Frau nach langer vergeblicher Versuchung von Klini zu Klini, wo ihr durchweg die Aufnahme verweigert wurde, schließlich auf offener Straße entbunden mußte. Als das in der Universitätsfrauenklinik, wo man sie auch wegen Platzmangels abweis, bekannt wurde, ließ man die Frau dorthin schaffen, und nun war Platz vorhanden; sie kam in einen Saal, der sieben unbedeute Betten enthielt! Fünf Tage später wurde eine Zuschrift des Direktors Professor Dumm veröffentlicht, die diesen Vorfall lebhaft beklagte. Unser Parteiorgan hat seit Jahren Klage über diese unheilvollen Zustände erhoben und Belege dafür gebracht. Der Vorschlag des Professors Dumm, in der Stadt kleinere Entbindungsanstalten einzurichten, ist von mir schon vor 23 Jahren gemacht worden, leider vergeblich; ich verlangte damals für den Norden und Osten solche städtischen Entbindungsanstalten. Ein Ranko an solchen Anstalten besteht in Berlin schon seit langer Zeit; wir bleiben in dieser Beziehung hinter dem Durchschnitt von ganz Preußen weit zurück. Für weitere Kreise der Bevölkerung, nicht bloß für die unehelichen Geburten, wird die Möglichkeit der Aufnahme einer solchen Anstalt immer mehr zum Bedürfnis. In Berlin aber sind die Verhältnisse immer mangelhafter geworden, weil es an Platz für diese Anstalten fehlt. Auffällig ist, daß die geburtsärztliche Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses noch niemals überfüllt war; vielleicht liegt es an der Entfernung der betreffenden Kreise, sich immer nur auf der Gewöhnung der betreffenden Kreise, sich immer nur an die Charité oder nach der Artilleriestraße zu wenden. Vor allem müßte der im Rathaus zentralisierte Wettennachweis auch auf diese Fälle plötzlicher Entbindung ausgedehnt werden und auf diese Fälle plötzlicher Entbindung ausgedehnt werden; auch die müßten von hier aus Kerne nachgewiesen werden können; auch die Privatkliniken müssen diesem Wettennachweis angegliedert werden, und die Stadt müßte hier eventuell auch die Garantie der Bezugnahme übernehmen. Wie weit der Vorschlag von Professor Dumm praktisch verpöflicht werden kann, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Notwendig ist sodann, daß familiäre städtische Krankenhäuser einige Betten für diese Fälle zur Verfügung stellen. Der Kostendruck hat augenscheinlich einen Höhepunkt erreicht, da es jetzt neun Monate sind, seit der Krieg ausbrach und die Berliner Arbeiter verlassen mußten. Wir haben nun in der Krankenhausdeputation einen begünstigten Antrag gestellt, der nächsten Sonnabend dort zur Beratung kommen soll. Mit Rücksicht auf diesen Schritt, den wir getan haben, ziehen wir den heutigen Antrag vorläufig zurück. In einer Zeit, wo so viele Menschenleben geopfert werden, ist es doppelt unsere Aufgabe, alles zu tun, um das Material zum Wiederaufbau der Bevölkerung, sei es ehelich, sei es unehelich, wieder zu gewinnen.

An die Zurückziehung des Antrages knüpft sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Stadtd. Mommsen: Dieses Vorgehen, wodurch es uns und dem Magistrat verwehrt wird, auf den Antrag näher einzugehen, ist in diesem Saale doch arg ungewöhnlich. Mindestens hätte der Antragsteller, wenn er wußte, daß die Krankenhausdeputation Sonnabend über die Sache verhandelt, diese Erklärung gleich zu Anfang abgeben sollen. Ich bitte doch, daß für die Zukunft Beratungen vermieden wird, wenn wir nicht gezwungen werden sollen, solche Anträge selbst wieder aufzunehmen.

Stadtd. Dr. Zabel: Der Vorschlag gegen uns wäre berechtigt, wenn nicht die Interessen der breiten Öffentlichkeit den persönlichen Vorzügen. Eine Öffentlichkeit mußte besser informiert werden, es müßte insbesondere mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß im Virchow-Krankenhaus sich eine geburtsärztliche Abteilung befindet.

Stadtd. Mommsen: Durch diese Begründung seines Verfahrens hat der Redner die Sache nur noch schlimmer gemacht. Wollte er die Öffentlichkeit interessieren, so hätte er den Antrag nicht zurückziehen dürfen. (Zuruf von den Soz.: Nehmen Sie ihn doch wieder auf!) Er allein ist nicht dazu berechtigt, die Öffentlichkeit zu orientieren; dazu sind wir alle da. Es ist und bleibt ein sehr einseitiges Verfahren.

Stadtd. Dr. Zabel: Ich habe keineswegs beabsichtigt, eine Debatte abzuschneiden; mir war nur von meinen Freunden bedeuter worden, daß wir schneller zum Ziele kämen, wenn die Deputation die Sache verhandelt.

Stadtd. Cassel schließt sich der Verwaltung Mommsens an. Stadtd. Bruns (Soz.) macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung es jedem Mitgliede jederzeit freisteht, einen zurückgezogenen Antrag wieder aufzunehmen. Damit ist einstweilen diese Angelegenheit erledigt.

Auf dem Wasserwerkgrundstück am Müggelsee sollen zur Hebung der Leistung des Werkes etwa 20 Brunnen neu angelegt werden. Die Kosten von circa 90.000 M. sind aus Anleihen zu entnehmen.

Die betr. Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme. Die Zahl der vorübergehend anzufüllenden weiteren Hilfskassenerheber und Hilfsvollziehungsbeamten muß über 30 hinaus vermehrt werden, da immer mehr landstumpfschlichte Beamte zur Fahne einberufen werden. Die Veranlassung ist damit einverstanden.

Zwei weitere Kriegsvorlagen betreffen die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer und die Neuordnung der Kriegsteilnehmer. Die Unterstützung soll entsprechend dem Vorgange des Reichs in den Sommermonaten Mai—Oktober auch seitens der Stadt von 9 auf 12 M. erhöht werden. Die monatlichen Mietbeihilfen betragen bisher: bei Frauen ohne Kinder höchstens 15 M., bei Frauen mit einem Kinde höchstens 12,50, bei Frauen mit 2 Kindern höchstens 10, bei Frauen mit 3 Kindern höchstens 7,50, bei Frauen mit 4 Kindern höchstens 5 M. Vom 1. Mai ab sollen die Sätze bei Frauen mit 2 Kindern auf höchstens 12,50, bei Frauen mit 3 und mehr Kindern auf höchstens 10 M. erhöht werden; außerdem kann die Beihilfe bei einer Frau ohne Kinder auf 20, bei einer Frau mit 1 Kind auf 15 M. festgesetzt werden, wenn die Frau durch Krankheit am Arbeiten verhindert ist. Ferner sollen die alleinstehenden Kriegsteilnehmer mit eigener Wohnung zugehörigen Beihilfen von je 15 M. monatlich nicht mehr auf den Sammelfonds angewiesen, sondern auch auf die Stadtkasse übernommen werden. Endlich sollen die aus einem Vorort nach Berlin gezogenen Kriegsteilnehmer unter Voraussetzung der Gegenleistung hinsichtlich der Mietbeihilfen wie Berliner Familien behandelt werden.

Oberbürgermeister Vermuth: Manche Ausgaben, die den Kriegsteilnehmern im Winter abgelesen haben, fallen jetzt fort, so für Heizung und teilweise für Beleuchtung. Aber aus diesem Grunde die niedrigeren Sommererträge einzuführen, ist undurchführbar, weil andererseits die Ausgaben für die Lebensmittel sich auf einem Höhepunkt befinden. Es ist nicht möglich gewesen wäre, durch bessere Ausgestaltung des Verteilungsplanes und durch frühere Inanspruchnahme derselben die stürmische bei Heberhaffte Bewegung der Preise zu vermeiden, namentlich bei Kartoffeln und Fleisch, habe ich hier nicht zu beantworten. Wir müssen mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Wir folgen dieser Entscheidung sowohl bei der allgemeinen, wie bei der Mietunterstützung. Wir schlagen Ihnen deshalb auch eine Erhöhung der letzteren vor und wollen gleichzeitig bei der Bemessung der den Vermietern zugumutenden Mietnachlässe den Verpflichtungen Rechnung tragen, die der Hausbesitzer zu übernehmen hat. Beide Vorlagen zusammen haben eine recht namhafte finanzielle Tragweite, besonders weil die Zahl der unterstützten Familien ganz anders aussieht als im Herbst 1914. Am 1. Oktober hatten wir 64.168 Familien unterstützt; am 24. April 115.378, fast das Doppelte, und die Zahl steigt täglich und nachahlig. Unsere gesamten früheren Berechnungen sind hinfällig geworden. — Aber wir werden auch die neuen Lasten auf uns nehmen; wir nehmen es ernst mit unsern Kriegspflichten. Berlin und Groß-Berlin wird den Auf, den es in der Kriegsfürsorge erworben hat, nicht wieder einbüßen. (Beifall.)

Stadtd. Cassel: Mit der ersten Vorlage sind wir einverstanden, für die zweite wünschen wir Ausschussberatung. Ohne weiteres können wir sie nicht annehmen, weil in gewissen Fällen die höhere Unterstützung abhängig gemacht wird vom Krankheitsfall. Es gibt auch andere Gründe, die für eine solche Erhöhung sprechen, so Arbeitsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit u. dgl. (Zustimmung.) Außerdem aber wird eine Erhöhung der Sätze über den Magistratsvorschlag hinaus notwendig und ausführbar sein, einmal im Interesse der Kriegsteilnehmer, die nicht enorm angehöllene Mietminderungen bei ihrer Rückkehr vorfinden dürfen, andererseits auch im Interesse notleidender Hausbesitzer, wenn wir natürlich auch von Stadt wegen nicht für alle Ausfälle an Mieten aufkommen können. Auf ein paar hunderttausend Mark kann es da nicht so sehr ankommen; ist doch unsere ganze Stadtbalance durch den Krieg ganz wesentlich beeinträchtigt. Auch hinsichtlich des den Hauswirten abersagten Mietnachlasses sind Unzutrefflichkeiten entstanden und bestehen bei den einzelnen Kommissionen bzw. Mieteinigungsämtern Differenzen, die beseitigt werden müssen. Ueber alle diese Punkte wird im Ausschuss eine Verständigung anzustreben sein.

Stadtd. Boffing (Fr. Fr.): Die Vorlage ist zwar ein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand, entspricht aber keineswegs dem, was von den Hausbesitzern erwartet wurde. Der Mietnachlaß, der den letzteren angefallen wird, kehrt leider abermals wieder; diese Bestimmung hätte doch verschwinden sollen. Soffentlich führt die beantragte Ausschussberatung zur Erfüllung der dringenden Wünsche der Hausbesitzer.

Stadtd. Mommsen stellt fest, daß die Mehrheit seiner Freunde an dem Prinzip festhält, daß diese Mietbeihilfen lediglich im Interesse der Kriegsteilnehmer und nicht der Hauswirte von der Stadt gewährt werden können; der Redner habe nur eine Minderheit vertreten.

Stadtd. Leib (Soz.): Wir unsererseits wünschen dringend, die Verbesserungen, die die Vorlage bringt, den Kriegsteilnehmerfrauen möglichst schnell zuzuwenden. Die erste Vorlage ist ja nur die Erfüllung eines allgemeinen Wunsches, der ja auch im Reichstags einmütigen Ausdruck gefunden hat. Das System unserer Unterstützungswesen hat mancher Mangel. Der Grundsatz des Aufschlags von durchweg 100 Proz. bringt Unzutrefflichkeiten mit sich gegenüber den Frauen ohne Kind oder mit nur einem Kind; Ueberschüsse von 24 und 30 M. müssen für Berliner Verhältnisse außerordentlich sein und geradezu unzulänglich genannt werden, zumal wenn man berücksichtigt, daß davon auch noch ein Teil der Miete gezahlt werden muß. Zu erwägen, ob hier nicht noch eine anderen Grundlage gesucht werden muß, läge sehr nahe, um diesen Frauen eine höhere Beihilfe zuzuwenden. Wir haben geglaubt, es würde möglich sein, einen Ausgleich zu schaffen aus dem großen Sammelfonds, den hochherzige Berliner Bürger bereitgestellt haben; wir haben aber sehen müssen, daß damit außerst spärlich umgegangen worden ist. Nicht, daß wir meinen, das Geld müßte mit neuen Händen ausgegeben werden, aber es sollte, wie bei der

ganzen Kriegsmobilisierungsfrage, reichlich und weisheitsgemäß gegeben werden, und da läßt die Praxis noch viel zu wünschen übrig. — Auch bei den Reichshilfen wollen wir die Möglichkeit einer Erhöhung gern erwägen und werden uns auch nicht daran hängen, wenn dadurch Hausbesitzer, die wirklich Not leiden, auch eine Erleichterung erfahren. (Beifall.)

Die Vorlage betr. die Erhöhung der Unterstützungen wird darauf einstimmig angenommen; die Vorlage wegen der Reichshilfen geht an einen Ausschuß, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Mit der redaktionellen Haltung der „Gleichheit“

während des Krieges haben sich kürzlich die sozialdemokratischen Frauen Hamburgs und Bremens beschäftigt. Die Genossinnen Hamburgs erklärten, daß infolge der redaktionellen Haltung der „Gleichheit“ die Zahl der Abonnenten bedeutend zurückgegangen sei. Um einen weiteren Abonnentenrückgang zu verhindern, solle der Parteivorstand seinen Einfluß geltend machen, damit die Redaktion der „Gleichheit“ ihre bisherige Taktik ändere und sich den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen anpasse. Durch ihre Sprache habe jetzt die „Gleichheit“ den Weg zu den Herzen der Frauen verloren.

Eine völlig andere Auffassung brachten die bremischen Genossinnen über die Haltung der „Gleichheit“ zum Ausdruck. In einer von 500 Personen besuchten Versammlung wurde nach einer längeren Debatte folgende Resolution angenommen:

Die sozialdemokratischen Frauen Bremens erklären sich in der heute, am 27. April 1915, stattgefundenen Versammlung im Gegensatz zu den Genossinnen Hamburgs mit der redaktionellen Haltung der „Gleichheit“ während des Krieges ganz und gar einverstanden. Wir wünschen, daß die Redaktion der „Gleichheit“ ihre alte Taktik beibehält und nicht auch umlernt. Wir bedauern die abgegebene Erklärung der Genossinnen Hamburgs und sprechen den Wunsch aus, daß sich alle Genossinnen Deutschlands uns anschließen mögen, um die Redaktion der „Gleichheit“ in ihrer jetzigen Haltung zu unterstützen. Wenn wir auch während des Krieges Abonnenten der „Gleichheit“ verloren haben, so ist das nicht der jetzigen Haltung der „Gleichheit“, sondern dem Umstand zuzuschreiben, daß die Proletarierinnen in dieser schweren Zeit mit jedem Groschen rechnen muß. ... Und gerade eben, weil Genossinnen jetzt unsere Wünsche kennen, und sie in der „Gleichheit“ zum Ausdruck bringen, halten wir es für unsere Pflicht, die gegenwärtige Taktik der „Gleichheit“ zu akzeptieren.

Gewerkschaftliches.

Im Banne des Unternehmer-Syndikus.

In der gestrigen Sitzung der Schlichtungskommission für Metallschneiderei wurden mehrere Fälle verhandelt, wo die Frage: „Zwischenmeister oder Arbeiter?“ den Kernpunkt der Erörterungen bildete.

Die Firma S. Reichmann, Schützenstr. 61-62, hat eine Sonderbare Betriebsart eingeführt. Sie beschäftigt in ihrer Werkstatt eine Anzahl Schneidergesellen und gibt ihnen mehr Arbeit, als sie selbst fertigstellen können. Jeder der Gesellen stellt für sich einige Arbeiterinnen ein, die er nach seinem Belieben bezahlt, ohne daß sich die Firma um die Höhe der Löhne kümmert. Auch die Versicherungsbeiträge der Arbeiterinnen werden von den „Gesellen“ bezahlt. Die Arbeiterinnen erhalten Wochenlöhne von 10 bis 18 M. Nach den für die Arbeitsleistung bestehenden Vereinbarungen würde ein Wochenlohn von 18 M. als Mindestlohn angesehen werden müssen. Nach der ganzen Art des Arbeitsverhältnisses müssen die „Gesellen“ der Firma S. Reichmann als Zwischenmeister angesehen werden, denn sie beschäftigen ja ihrerseits Arbeiterinnen. Der Schneiderverband hat nun an die Schlichtungskommission den Antrag gerichtet, die Firma S. Reichmann möge veranlaßt werden, das Zwischenmeistersystem in ihrem Hause aufzugeben und den in ihrer Werkstatt beschäftigten Arbeiterinnen angemessene Löhne zu zahlen und sie bei der Krankenpflege zu versichern. — Der Arbeitgeberverband der Herren- und Anabenkleiderfabrikanten hatte seinen Syndikus Rechtsanwalt Steier nach der Schlichtungskommission geschickt, damit er die Interessen der besagten Firma vertritt. Der Syndikus scheint es auf einen Vorstoß gegen die Tätigkeit der Kommission abgesehen zu haben. Er tritt zunächst deren Zuständigkeit. Nachdem sich die Kommission als zuständig erklärt hatte, versuchte der Syndikus auf andere Weise, eine Entscheidung der Kommission zu vereiteln. Nun wollte er dem Schneiderverband das Recht abstreifen, sich um die inneren Angelegenheiten des Betriebes zu kümmern. Aber auch das führte nicht zu dem Ziel, welches sich der Syndikus gesetzt hatte. Die „inneren Angelegenheiten“ wurden verhandelt und mußten verhandelt werden, wenn den Arbeiterinnen die ihnen gebührenden Löhne zugesprochen werden sollten. Aber einen klaren Einblick in die eigenartigen Arbeitsverhältnisse bei der Firma S. Reichmann konnte die Kommission nicht erhalten, denn einerseits lehnte es der Syndikus ab, daß die Firma wegen der Löhne der Arbeiterinnen zur Verantwortung gezogen werde, weil diese nicht von der Firma beschäftigt würden, andererseits wollte der Syndikus aber nicht zugeden, daß die in Rede stehenden Gesellen Zwischenmeister seien. Vom Standpunkt der Firma aus ist das zu verstehen, denn dem Zwischenmeister muß sie ja einen etwas höheren Lohn zahlen als dem Gesellen. — Während der Syndikus jede Verpflichtung der Firma gegenüber den Arbeiterinnen hartnäckig bestritt, betonte der Vertreter des Bekleidungsamtes, daß die Firma gemäß den Lieferungsbedingungen allerdings verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen angemessene Löhne erhalten. — Eine Entscheidung im Falle Reichmann konnte die Kommission noch nicht treffen. Die Verhandlung wurde vertagt. Inzwischen wird der Schneiderverband namens der Arbeiterinnen gegen die Zwischenmeister und namens dieser gegen die Firma auf Zahlung der tarifmäßigen Löhne Klage erheben.

Es kamen noch andere Fälle zur Verhandlung, wo Fabrikanten, um ihrer Zahlungsverpflichtung zu entgehen, Zwischenmeister als Arbeiter hinstellen wollten. Ein Schneider, der zweifellos ein Zwischenmeister ist, von seinen Arbeitgebern einen zu niedrigen Lohn erhalten und deshalb auch den von ihm beschäftigten Arbeiterinnen zu wenig bezahlt hatte, war in einem früheren Termin zur Nachzahlung der Differenz verurteilt worden. Es handelt sich im ganzen um 90 M., die er nun von seinen Auftraggebern, den Firmen Hermann Hoffmann und Ley u. Löwenstein beansprucht. Die Firmeninhaber erklärten kategorisch: Für uns ist der Mann kein Zwischenmeister, sondern ein Arbeiter. Des Reingips wegen zahlen wir nicht.

Als die Kommission im Beratungszimmer weilte, sah man den Syndikus außerhalb des Saales in eifrigem Gespräch mit seinen Klienten. Aufschneidend war es ein Ergebnis dieser Unterredung, daß die besagten Firmeninhaber vor Verkündung des Urteils

der Kommission sich entfernten. Der Rückzug wurde aber noch rechtzeitig bemerkt und die Herren, die eben im Begriff waren, samt ihrem Syndikus eine Drohschleife zu befestigen, auf Veranlassung des Vorsitzenden der Kommission wieder vor deren Forum genötigt. Dann wurde ihnen das Urteil verkündet, daß sie gemeinschaftlich die Lohn Differenz von 90 M. und dazu noch 16 M. Kosten zu zahlen haben.

Herr Ley von der Firma Ley u. Löwenstein, augenscheinlich durch den Syndikus scharf gemacht, erklärte, er füge sich dem Urteil der Kommission nicht. — Der Vorsitzende Magistratsrat v. Schulz sagte darauf: „Sie sind beeinflusst. Ich muß es öffentlich rügen, daß hier jemand durch solche Beeinflussung in unsere Vergleichsverhandlungen störend eingreift.“ — Ley erklärte, er werde das Urteil der Kommission mit allen gesetzlichen Mitteln anfechten.

Schließlich machte Runge vom Schneiderverband noch darauf aufmerksam, daß Ley, der jetzt die Kompetenz der Kommission bestreitet, an den Vereinbarungen, auf denen die Kommission beruht, persönlich als Vertreter seiner Organisation mitgewirkt habe.

Nach diesen Vorgängen scheint es, daß man in gewissen Kreisen der Unternehmers gegen die Schlichtungskommission, die ja auch ein Stück des sogenannten Kriegsozialismus ist, Sturm laufen will. Oder haben wir es nur mit einem Vorgehen des Syndikus zu tun?

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Schuhmacher hatten, wie Hamann in der Quartalsversammlung der Berliner Zählstelle mitteilte, in vielen Militärbetrieben Differenzen zu bezeichnen. Diese wurden durch Eingreifen der Organisation geregelt. In mehreren Fällen mußten den Arbeitern noch erhebliche Lohnbeiträge nachgezahlt werden, da die Kriegsmilitärs keine Löhne gezahlt hatten. In der Maßschuhfabrikation setzte zum Frühjahr eine gute Konjunktur ein und es gelang den Arbeitern, mit Rücksicht auf die außerordentlichen Lebensmittelpreise, einen Kriegszuschlag von 10 Proz. zu erwirken. — Mit der Firma Stiller sowie zwei anderen Firmen schloß die Organisation einen neuen Tarif ab, der bis drei Monate nach Kriegsende gelten soll. — In der mechanischen Schuhfabrikation ist infolge der hohen Lederpreise die Geschäftslage nicht günstig.

Deutsches Reich.

Die Frauenarbeit in der Tabakindustrie hat durch den Krieg eine große Ausdehnung erfahren. Sie überragt in diesem Gewerbe schon in Friedenszeiten die Männerarbeit und hat auch in normalen Zeiten eine steigende Tendenz. Jetzt sind bei gutem Geschäftsgang Tausende von Tabakarbeiterinnen zum Kriegsdienst eingezogen und die Zahl der Eingezogenen nimmt noch ständig zu. Räumliche Arbeitskräfte werden auch in anderen Berufen rar und können deswegen für die Tabakindustrie nicht herangezogen werden, zumal auch die Löhne in diesem Beruf den meisten Arbeitern zu gering sind. Dagegen sind weibliche Arbeitskräfte vorhanden. Einmal greift so manche Kriegerfrau jetzt notgedrungen zu einem Erwerb, sodann hat das Bürgerium sich mit der Beschäftigung von Dienstmägden und Aufwartefrauen beschäftigt. Die Tabakfabrikanten ziehen auch weibliche Arbeitskräfte in den männlichen Berufen vor, weil sie diesen für dieselbe Arbeit geringere Löhne anzubieten vermögen als den Männern. Dadurch entsteht leider die Gefahr, daß das Lohnniveau für die gesamte Tabakarbeiterin herabgedrückt wird. Es muß den zur Tabakindustrie übergehenden Frauen und Mädchen deswegen ganz besonders an Herz gelegt werden, daß sie sich der Organisation — dem Tabakarbeiterverband — anschließen. Tun sie das nicht, so tragen sie ohne ihr Wissen leicht dazu bei, die Gesamtlage der Tabakarbeiter zu verschlechtern. Dadurch verhindern sie aber auch die Verbesserung der eigenen Lage.

Ausland.

Die italienische Konföderation der Arbeit im Jahre 1914.

Rom, den 24. April. (Fig. Par.) Dem Landesrat der Konföderation der Arbeit, der am 27. und 28. April in Mailand zu seiner Jahresversammlung zusammentritt, hat der Sekretär der Konföderation, Gen. Rigola, den Jahresbericht für 1914 vorgelegt. Das für das Proletariat der ganzen Welt so unheilvolle Jahr hat der italienischen Gewerkschaftsorganisation weder Rückschritte noch Fortschritte gebracht. Im Jahre 1913 gehörten der Konföderation 48 Arbeiterkammern, 18 Zentralverbände und 5 italienische Gewerkschaften an; im Kriegsjahre sank die Zahl der Arbeiterkammern auf 47, die der Zentralverbände fiel auf 23, die der Gewerkschaften blieb unverändert. Der Mitgliederbestand der angeschlossenen Organisationen belief sich im Jahre 1913 auf 375 100, im Jahre 1914 auf 405 819; die Konföderation legt aber für ihre Statistiken nicht diesen Mitgliederbestand zugrunde, sondern die Zahl der bei ihr gelisteten Mitgliederarten. Diese Zahl sank gegenüber dem Vorjahre von 327 312 auf 320 808. Es ist nun interessant, festzustellen, daß die der Konföderation angehörigen Landarbeiter in der Zahl zurückgegangen, die der industriellen Arbeiter dagegen geblieben ist, obwohl man meinen sollte, daß die Wirtschaftskrise des Kriegsjahres viel schwerer die Industrie als die Landwirtschaft getroffen habe. In der Tat meint Rigola, daß kein Rückgang des Organisationsbestandes des Landvolkes vorliege, vielmehr ein verminderter Anschluß an die Zentrale, als Folge der geringeren Kampftätigkeit des Krisenjahres. Im Jahre 1913 hatten 169 840 industrielle und 157 472 landwirtschaftliche Arbeiter die Konföderationsmarken gelistet; im Jahre 1914 haben wir 165 151 Industrielle und 125 000 Landarbeiter. Die Streikbewegung ist im Jahre 1914 fast zurückgegangen, und immer handelt es sich nur darum, eine Verschlechterung der Lage abzuwehren. Von Geschehnissen zugunsten der Arbeiterin ist natürlich nicht mehr die Rede. Die Berner Konvention über die Nacharbeit der Jugendlichen und den Arbeitstag der weiblichen Arbeiter wurde vom Senat nicht rechtzeitig ratifiziert und ist daher verfallen und für Italien unverbindlich. Die bestehenden Schutzgesetze sind wiederholt wegen angeblich dringender Arbeiten des Kriegsministeriums aufgehoben worden. Auch die Fabrikinspektion hat wegen Mangels an Mitteln nicht die Fortschritte gemacht, die man erwarten konnte. Die Wirksamkeit der Konföderation mußte sich zum größten Teil darauf beschränken, die Schäden der heutigen Lage für die Arbeiter abzumildern, Maßnahmen für die zurückgekehrten Auswanderer und zur allgemeinen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gegen die Lebensmittelerhöhung usw. zu fordern. Der Bericht stellt die unheilvolle Wirkung des Krieges auf alle Kreise des Wirtschaftslebens fest und schließt mit der Betonung der Wichtigkeit der Organisation der Arbeiter, die zur Abwehr wie zur Erzielung neuer Vorteile unentbehrlich ist.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken verteilen für das verfloßene Geschäftsjahr nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 25 Proz. gegen 20 Proz. im Vorjahre. Auf neue Rechnung werden 1 504 337 gegen 700 011 vorgetragen.

Die Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutschen Kesselwerke Akt.-Ges. verzeichnen nach 365 868 M. Abschreibungen einen Ueberschuß von 1 334 332 M. gegen 1 156 968 M. im Vorjahre. Nach Abschreibungen und Extraabschreibungen in Höhe von 820 000 M. wird eine Dividende von 7 Proz. in Vorschlag gebracht.

Die Kiffhäuserhütte teilt mit, daß die Gesellschaft durch Kriegsaufträge reichlich und lohnend beschäftigt sei. Das Unter-

nehmen besand sich vor dem Kriege in einer schlechten finanziellen Situation. Mehr als die Hälfte des Aktienkapitals war verloren. Jetzt wird mitgeteilt, daß das Unternehmen einen großen Teil seiner Verbindlichkeiten abstoßen konnte. Die Aussichten seien günstig.

Die Baugewerke Tuchfabrik verteilt 6 Proz. Dividende gegen 0 Proz. im Vorjahre.

Kriegskonjunktur.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt in ihrem Situationsbericht vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt: Die Zeitigkeit der Marktlage hat sich ungeschwächt erhalten, und nach einigen Richtungen hin noch stärker als bisher ausgeprägt. Dabei läßt sich die Beobachtung machen, daß neben dem in großem Umfang abhaltenden Kriegsbedarf auch der Friedensbedarf wieder mehr hervortritt. Das Baugewerbe ist allerdings noch sehr still und zeigt wenig Unternehmungslust. Auf der anderen Seite macht sich aber die Einstellung mancher Industriezweige auf die Herstellung von Kriegsbedarf auch insofern geltend, als die hierfür erforderlichen Neubauten und Neuanlagen neue Nachfrage nach anderen Erzeugnissen aller Art hervorgerufen haben. Auch aus dem neutralen Ausland tritt fortlaufend ansehnliche Nachfrage an die heimische Industrie heran. Mehr und mehr läßt sich dabei die Ercheinung feststellen, daß der englische Wettbewerb fortgesetzt zurücktritt, vielfach bereits vollständig ausgeschaltet ist. Es ist das eine Folge des Umstandes, daß unter der Einwirkung des Unterseesbootkrieges die englischen Frachten eine schwindende Höhe erreicht haben, während gleichzeitig auch die Selbstkosten der englischen Eisenindustrie gewaltig gestiegen sind. Die englischen Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse haben infolgedessen eine Höhe erreicht, die von unserer Industrie ungeschwer erreicht werden kann. Dabei halten sich die von ihr im Geschäft am neutralen Markt erzielten Preise sogar vielfach noch über unsern Inlandspreisen, mindestens aber auf deren Höhe. Das ist auch eine von unseren englischen Gegnern wohl niemals erwartete Folge ihres Geschäftskrieges. Während macht sich in der Ausführung der Langsamkeit der amtlichen Behandlung gewisser Geschäfte bemerkbar. Man scheint an manchen Stellen gar keine Vorstellung davon zu haben, wie Geschäfte gemacht werden, und daß sie durch verzögerte Behandlung nur allzuleicht sich völlig zerlagern können. Wo das geschieht, ist es der amerikanische Wettbewerb, der unter Ausschaltung des englischen das Geschäft an sich reißt. Abhilfe nach dieser Richtung hin wäre in allseitigem Interesse dringend erwünscht. Was die Beschäftigung unserer Werte anbelangt, so sind sie im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zurzeit und vielfach noch auf Monate hinaus voll besetzt.

Soziales.

Unpfändbarkeit der Familienunterstützungen.

Die Familienunterstützungen sind unpfändbar. So hat auch auf eine Anfrage, ob die den Angehörigen der Kriegsteilnehmer auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 4. August 1914 gezahlten Unterstützungen der Pfändung oder der Aufrechnung unterliegen, der Staatssekretär des Innern erwidert. Er erklärte: Nach dem Zweck des genannten Gesetzes stellen sich die Unterstützungen als Beiträge zum Unterhalt dar. Sie sind daher den auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Unterhaltsforderungen (§ 850 Nr. 2 der Zivilprozessordnung) gleichzustellen, mithin unpfändbar. Aus der Unpfändbarkeit des Unterstützungsanspruchs ergibt sich ohne weiteres, daß er der Aufrechnung nicht unterliegt und nicht abgetreten werden kann (§§ 394, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Beim Paradenbau.

Die Baufirma „Wolgaster Holzhäuser“ stellt Baroden für die deutschen Truppen her. Die es den Arbeitern geht, welche die Firma von Berlin dort einschickt, wurde vor dem Gewerbegericht aus Anlaß einer Klage erörtert, welche vier Zimmerer gegen die Firma „Wolgaster Holzhäuser“ führten. Einer der Kläger sagte: Im Berliner Bureau der Firma wurde ich angenommen. Man bestellte mich für einen bestimmten Tag zur Fahrt nach A. Die Fahrt wurde aber erst drei Tage später angetreten. Für die Barozzeit will ich meinen Lohn haben, den ich nicht bekommen habe. Von A. ging die Reise nach B. Kost und Logis, was wir uns selbst besorgen mußten, war schwer zu bekommen und was wir besaßen, war sehr mangelhaft. So habe ich im März bei starker Kälte in einem Raum mit zerbrochenen Fenstern auf Stroh schlafen müssen. Wenn ich morgens aufwachte, hatte ich Eiszapfen am Munde. Warmes Essen konnte ich togelang nicht bekommen und mußte deshalb von kalter Kost leben. Infolgedessen wurde ich nach kurzer Zeit mangelhaft und mußte deshalb wieder nach Berlin zurückkehren. Da mich die Firma bei meiner Krankheitsangabe nicht abgemeldet hatte, mußte ich Arzt und Medizin aus eigener Tasche bezahlen. Auch jetzt bin ich noch nicht gesund und werde noch ärztlich behandelt. Der Kläger beantragte Lohnzahlung für die Wartezeit vor der Abfahrt nach A. und Erstattung der Auskosten.

Der Vertreter der Firma, Geschäftsführer Synodhoff, meinte: Eigentlich müßten wir Schadenersatz von dem Kläger bekommen. Der ist ja auf unsere Kosten hin- und zurückgefahren. Wenn er zu Magenkrankheiten neigt, bonu hätte er die Arbeit nicht annehmen sollen. Es ist ihm ja gesagt worden, daß wir nur ganz gesunde Leute gebrauchen können, weil es mit Unterkunft und Essen schlecht bestellt ist. Vielleicht spielt bei der Krankheit des Klägers auch der Alkohol eine Rolle.

Darauf erwiderte der Kläger: Meine Herren, wie soll ich denn zu Alkohol kommen. In B. ist ja der Verkauf von Branntwein verboten. Wir konnten ja für uns selber Geld gar nichts bekommen. Schließlich verglichen sich die Parteien dahin, daß die Firma dem Kläger für Warte- und Fahrzeit 20 M. zahlt, während er das Doppelte gefordert hatte. Für die Klage wegen der Auskosten erklärte sich das Gewerbegericht als unzuständig und wies den Kläger an das Veräußerungsamt.

Drei andere Kläger machten Lohnansprüche gegen die Firma geltend. Ob und wie weit dieselben berechtigt sind, soll in einem späteren Termin geprüft werden.

Kurse für verwundete Buchdrucker.

Das Technikum für Buchdrucker in Leipzig beabsichtigt, Kurse für verwundete Buchdrucker einzurichten. In diesen Kursen sollen Buchdrucker, die infolge ihrer Verwundung nicht mehr instande sind, ihren Beruf als Schriftsetzer oder Maschinenmeister auszuüben, eine Ausbildung erhalten, welche sie befähigt, den erwerbenden Kenntnissen entsprechende Stellungen im Buch- oder Zeitungs-gewerbe zu erhalten. Die Kurse sind völlig kostenlos. Auskünfte über die Kurse erteilt die Direktion des Technikums in Leipzig. Rechnung sowie der Vorsitzende des Vereins Leipziger Buchdrucker-Gehilfen, Herr Engelbrecht in Leipzig.

Die Metallindustriellen für die Invaliden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat nachfolgende Leitfäden gutgeheißen und den Verbandmitgliedern durch Rundschreiben zur Kenntnis gebracht:

1. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit, die Krieger, die im Kampfe für das Vaterland Invaliden geworden sind, der Arbeit wieder zuzuführen, damit sie sich weiter als nützliche Glieder der Gesellschaft fühlen.
2. Soche des Staates und der Gemeinden ist es, die Heilung der Kriegsinvaliden auf ihre Kosten durchzuführen, für Beschaffung von künstlichen Gliedmaßen und Hilfsvorrichtungen (Pro-

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 211 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Kommando der Kolonnen und Trains des Korps Dickschuh, Etappen-Hilfsbataillon der 2. Etappeninspektion.

Stab der 6. Inf.-Brigade; 5. Garde-Reg. zu Fuß; 1. Garde-Ers.-Reg.; Garde-Grenadier-Reg. Elisabeth; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Jäger-Bat.; Garde-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 9, 12, 13, 15, 19, 21, 22, 24, 28, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 40, 42, 45, 47, 48, 49, 52, 53, 56, 57, 59, 63, 64, 65, 66, 67, 70, 72, 73, 75, 76, 77, 78, 79, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 96, 97, 98, 109, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 129, 132, 140, 144, 146, 147, 149, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 161, 162, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 172, 173, 174, 175, 176; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 5, 8, 10, 12, 18, 19, 20, 21, 23, 29, 35, 38, 48, 56, 59, 61, 64, 65, 66, 67, 69, 72, 74, 75, 76, 78, 80, 84, 86, 88, 91, 93, 94, 118, 204, 207, 217, 220, 221, 222, 223, 224, 226, 227, 237, 239, 251, 258; Ers.-Inf.-Regimenter Jacobi, Königsberg II und III; Ref.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 8, 10, 12, 18, 20, 21, 24, 25, 27, 34, 37, 39, 47, 48, 60, 61, 66, 75, 76, 77, 78, 81, 84, 85, 116 und v. Gundlach; Landsturm-Inf.-Reg. Nr. 100; Befehlungs-Regimenter Nr. 1 und 2 der Brigade Druffin, Nr. 5 der Brigade v. Reichow; Feld-Bat. Schwarz des Detachements Plantier; Landwehr-Inf.-Bataillone: Altenburg, Bernburg; Ueberplanmäßige Landwehr-Inf.-Bataillone Nr. 3 und 6 des 4. Armeekorps; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 1, 5, Nr. 8, 11, 31, 42, 44; Etappen-Hilfsbat. der 2. Armee; Landsturm-Bataillone: 3. Freiburg, König Nr. 87, Ramsau und Weimar; Jäger-Bataillone Nr. 1, 6, 7, 9, 10, 11, 14; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 5; Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 77; Garde-Maschinengewehr-Bat. Nr. 1; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 und 3; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 108; Ref.-Festungs-Maschinengewehr-Bat. Nr. 6.

Garde-Ref.-Dragoner; Dragoner Nr. 1, 18, 24; Husaren Nr. 8, 9; Ulanen Nr. 11; Jäger zu Pferde Nr. 3, 6.

1. Garde-Feldart.-Reg.; 2. Garde-Feldart.-Reg.; 1. Garde-Ref.-Feldart.-Reg. und Garde-Ers.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 2, 5, 8, 11, 15, 16, 17, 18, 22, 31, 39, 42, 54, 67, 69, 84, 108, 111; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 3, 7, 25, 50, 60; Landwehr-Feldart.-Bt. der 1. und 1. Landsturm-Feldart.-Batterie des 17. Armeekorps.

Zuhart-Regimenter Nr. 1, 5, 6, 10, 13, 17, 18, 20, 21; Art.-Reg. der Division v. Bernth; Landwehr-Zuhart-Bataillone Nr. 2, 9; 1. Ref.-Zuhart-Batterie Nr. 23; Wörter-Reg. Nr. 6.

Pionier-Regimenter Nr. 24, 25; Pionier-Bataillone: 1. Nr. 1, I. und II. Nr. 2, L. Nr. 5, I. Nr. 8, II. Nr. 10, L. Nr. 14, III. Nr. 16, L. Nr. 21, II. Nr. 27; Pionier-Ers.-Bat. Nr. 3; Pionier-Komp. Nr. 241; 47. und 48. Ref.-Pionier-Komp.; 2. Landwehr-Pionier-Komp. des 4. und 1. des 14. Armeekorps; Landsturm-Pionier-Komp. des 14. Armeekorps; Festungs-Minenwerfer-Bat. Groudenz.

Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 2; Ref.-Eisenbahn-Baukomp. Nr. 7; Eisenbahn-Baukomp. Nr. 26; Eisenbahn-Betriebs-Komp. Nr. 3; Eisenbahn-Verwaltungsdirektion Tiedenhofen; Fernsprech-Abt. der Armee-Abt. v. Strang; Festungs-Luftschifftruppe. Inf.-Munitionskolonnen Nr. 4 des 4. Armeekorps; Art.-Munitionskolonnen Nr. 2 der Munitionskolonnen-Abt. Nr. 11; Ueberplanmäßige Art.-Munitionskolonnen Nr. 10 v.

Armierungs-Bataillone Nr. 4 und 23; Arbeiter-Komp. Nr. 3 Antwerpen.

Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 und 2 des 5. Nr. 1 des 15. Armeekorps sowie Nr. 1 des Armeekorps P; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 26 des 6. Armeekorps; Festungs-Sanitäts-Komp. Strohdurg i. C. Kommando der Kolonnen und Trains des Korps Dickschuh; Train-Abt. Nr. 9; Fuhrpark-Kolonnen Nr. 2 der Train-Abt. Nr. 119; Fuhrpark-Kolonnen Dain; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 813; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 2 des 17. Armeekorps; Etappen-Bäckerei-Kolonnen Nr. 1 der Süd-Armee.

Die bayerische Verlustliste Nr. 177 bringt Verluste des 1., 2., 4., 5., 7., 12., 13., 14., 15., 16., 17. und 19. Inf.-Reg.

Die sächsische Verlustliste Nr. 140 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104, 107, 134, 179; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 133, 241, 244; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101; Landsturm-Inf.-Bat. Birna; Ers.-Inf.-Regiment Nr. 22; Ers.-Inf.-Reg. Nr. 9; Landwehr-Brig.-Ers.-Bat. Nr. 48; Ers.-Bataillone: Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101; Jäger-Bat. Nr. 12; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 13; Ers.-Abt., Jäger-Bat. Nr. 12.

Aus Groß-Berlin.

Elektrizitätswerke — Kriegsfürsorge.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es gestern nicht zu der erwarteten Debatte über den Mangel an Entbindungsanstalten, den der im „Vorwärts“ kürzlich geschilderte Fall — die Entbindung einer von drei Anstalten abgewiesenen Schwangeren auf offener Straße — so grell beleuchtet hat. Der Abhilfe fordernde Antrag der sozialdemokratischen Fraktion stand auf der Tagesordnung, er wurde aber zurückgezogen, weil inzwischen unsere Vertreter in der Krankenhausdeputation durch zweckentsprechende Anträge die Sache schnellstens in Fluss zu bringen versucht hatten. Gestern gab Genosse Zadek eine allgemeine Schilderung des durch den Mangel an Entbindungsanstalten verursachten Notstandes, der seit langem besteht, aber jetzt besonders drückend empfunden wird, und knüpfte daran eine Reihe Vorschläge, deren Durchführung sofort möglich wäre. Die Zurückziehung des Antrages schien geboten, weil man nun erst die Entschliessungen der Krankenhausdeputation wird abwarten müssen.

Für die Verwaltung der demnächst von der Stadt zu übernehmenden Elektrizitätswerke legte der Magistrat einen Organisationsentwurf vor. Durch ihn soll der Direktion, damit ihr eine gewisse Beweglichkeit ermöglicht wird, nicht eine verwaltende, sondern eine ausführende Deputation beigegeben werden. Stadtverordneter Cassel äußerte hierzu allerlei Bedenken, über die ein Ausschuss weiterverhandeln soll. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte unser Genosse Heimann, daß die vom Magistrat vorgeschlagene Organisationsform im großen und ganzen annehmbar sei. Sie lasse eine günstige Entwicklung der Elektrizitätswerke erwarten. Auch Stadtverordneter Romm sen billigte den Gedanken, die Verwaltung im wesentlichen der Direktion zu überlassen.

Zwei notwendige Erweiterungen der Kriegsfürsorge wurden vom Magistrat beantragt. Für die Kriegerfrauen soll die Unterstützung in der während des Winters gewährten Höhe auch im Sommer beibehalten werden, und die kinderreichen Kriegerfamilien sollen eine Erhöhung der

Mietsbeihilfe erhalten. Der erste Antrag, von Oberbürgermeister Wernuth mit einem Hinweis auf die Lebensmittellieferung begründet, fand ohne weiteres Annahme. Für den zweiten Antrag wurde zur Vorbereitung ein Ausschuss eingesetzt, dem Stadtverordneter Cassel verschiedene Anregungen mitgab. Unser Genosse Leid warf die Frage auf, ob nicht den Kriegerfrauen ohne Kind oder mit nur einem Kind die Unterstützung zu erhöhen sei. Unterstützungen von 24 M. bzw. 36 M. im Monat, wie diese Frauen sie erhalten, seien unzulänglich. Auch eine Erhöhung der Mietsbeihilfe müsse man ihnen wünschen. Öffentlich bringen die Ausschussberatungen noch einige Verbesserungen.

Rundmachung an die österreichischen und ungarischen Wehrpflichtigen.

1. Die in den Jahren 1873 bis einschließlich 1877 geborenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bzw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen werden in der Zeit zwischen dem 3. und 27. Mai einer militärärztlichen Untersuchung unterzogen werden.

Die Untersuchung findet in den Räumen der Landwehr-Inspektion, Berlin, General-Papestraße.

in der Zeit zwischen 9 Uhr vormittags und 12 Uhr mittags statt. Zu erscheinen haben:

Table with columns: Jahrgang, deren Familienname mit den Buchstaben beginnt, Musterungstag. Rows include years 1877, 1876, 1875, 1874, 1873 and various letters A-Z.

An einem der vorbezeichneten Tage haben ferner alle diejenigen der Jahrgänge 1878 bis einschließlich 1896 zur Landsturmusterung zu erscheinen, die bisher ihrer Landsturmusterungspflicht überhaupt noch nicht entsprochen haben, d. h. noch nicht im Besitze eines Landsturmlegitimationsblattes sind.

2. Dieser Aufruf gilt für alle diejenigen der vorbezeichneten Jahrgänge, welche in Groß-Berlin, Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen oder im Herzogtum Braunschweig ihren ständigen Wohnsitz haben. Eine persönliche Vorladung erfolgt nicht.

3. Die zur Musterung Erscheinenden haben ihre heimatischen Ausweispapiere (Reisepaß, österreichisches oder ungarisches Arbeitsbuch, Heimatschein) mitzubringen.

4. Die bei der Landsturmusterung zum Dienst mit der Waffe geeignet befundenen Landsturmpflichtigen haben am 15. Juni 1915 bei ihrem zuständigen Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando einzutreffen. Genaue Weisungen erhalten dieselben bei ihrer Musterung.

5. Von der Musterung ausgenommen sind:

- a) Die Militärgastigen des Aufstandes und des Verhältnisses außer Dienst, dann alle, die beim Militär gedient haben und in einem staatlichen Versorgungsgenusse stehen;
b) Personen, welche mit dem Mangel eines Fußes oder einer Hand, Erblindung beider Augen, Taubstummheit, Retinitis oder gerichtlich erklärtem Irren, Wahnsinn oder Blödsinn behaftet sind, sofern ihre Befreiung vom Landsturmbienste nicht ohnedies bereits ausgesprochen wurde, ferner sonstige Geisteskranke und Faßlichkeite, alle diese, wenn ein bezüglicher Nachweis bei der Musterung vorliegt.

Der I. u. I. Generalkonsul Szarboßy.

Roabit—Virchow-Krankenhaus—Hermannplatz.

Am 26. d. Mts. hat die landespolizeiliche Abnahme der Städtischen Strassenbahn-Neubaustrecke vom Virchow-Krankenhaus nach Roabit (Ditostraße) stattgefunden. Der Betrieb auf dieser Strecke wird in Verbindung mit der bisherigen Linie Hermannplatz—Virchow-Krankenhaus am 1. Mai d. J. mit 10-Minuten-Wagenfolge aufgenommen werden, so daß von diesem Tage ab die Gesamtlinie Roabit—Virchow-Krankenhaus—Hermannplatz dem Betrieb übergeben wird.

Die städtischen Volksbadeanstalten werden in diesem Jahre auch während der Monate Mai bis August erst um 7 Uhr morgens eröffnet.

Deutscher Städtetag und Ostpreußenhilfe.

Durch einen besonderen Ausschuss des Deutschen Städtetages soll eine Verwendung der für Ostpreußen von den deutschen Gemeinden bewilligten und dem Städtetag überwiesenen Beträge vorbereitet werden, durch die jede Anrechnung dieser Beträge auf die dem Reich oder Preußen obliegenden Leistungen ausgeschlossen wird. Der Ausschuss wird auch die Frage der Patenstädte, besonders im Hinblick auf die schon bestehende Organisation, eingehend erörtern; es ist wahrscheinlich, daß die Städte bis nach Erledigung dieser Prüfung ihre Beschlüsse und die Bildung von örtlichen Vereinen zurückstellen werden.

Der geplagte Händler.

Ein Händler aus Neudölln klagt in einem an und gerichteten Schreiben seine Not beim Kartoffelverkauf. Im Februar waren Kartoffeln nur schwer zu haben. Großhändler und Produzenten hielten mit dem Verkauf von Kartoffeln zurück und verlangten außerordentlich hohe Preise. Um für seine Kunden — der Händler besitzt ein Gemüsegeschäft — Kartoffeln zu beschaffen, kaufte er 6 Zentner und mußte pro Zentner 6 M. bezahlen. Er verkaufte 10 Pfund mit 65 Pf. und hatte an den 6 Zentnern 3 M. verdient. Weil er die im Kleinhandel festgesetzten Höchstpreise überschritten hatte, erhielt er ein Strafmandat in Höhe von 20 M., gegen das er Widerspruch erhob. Das Gericht verwarf den Einspruch. Mit Anwaltsgebühren muß der Händler 50,90 M. zahlen. Und das alles dafür, weil der Händler für seine Kunden Kartoffeln besorgt hat. Schuld an dieser Lage des Händlers ist der Umstand, daß damals noch keine Kartoffelhöchstpreise für die Produzenten und für den Weiterverkauf festgesetzt waren. Dafür mußten die kleinen Händler vielfach leiden.

Salzfische.

Die auf Veranlassung der Reichsverwaltung gebildete Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin hat seit einiger Zeit große Mengen Salzfisch, das ist frisch eingefangener Kabeljau oder Seelachs, aufgefäpelt. Bisher war Salzfisch in Berlin im wesentlichen nur im Großhandel zu haben, der ihn seit Wochen schon an Behörden, Truppen und andere Küchen liefert. Bei dem hohen Nährwert des Salzfischfleisches wird es von vielen Stellen lebhaft bedauert, daß man zurzeit in Berlin den Salzfisch nicht auch im Einzelverkauf erstehen kann.

Kunmehr wird aber auch in Berlin dafür gesorgt werden, daß Salzfisch leicht direkt zu haben ist.

Ein größeres Warenhaus hat sich bereit erklärt, vom 1. Mai ab den Salzfisch für die Zentral-Einkaufsgesellschaft in seinen vier Warenhäusern zu verkaufen und zwar zu dem Preise von 30 bis 35 Pf., je nach Wahl der Stücke, für das Pfund grätenfreien Fischfleisches. Gleichzeitig werden, um den Hausfrauen die mannigfachen Zubereitungsmöglichkeiten der Salzfische zu zeigen, praktische Kochvorführungen mit dem Verkauf verbunden sein, die von Hauswirtschaftslehrerinnen der Zentral-Einkaufsgesellschaft geleitet werden.

Berliner Adreßbuch. Der Nachtrag zum Jahrgang 1915 ist soeben erschienen und gelangt von heute ab zur Ausgabe. Er enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Geschäftseröffnungen und Geschäftsverlegungen sowie die Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen und bildet somit eine wesentliche Bereicherung des Jahrgangs 1915. Der Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adreßbuchs in der Ausgabe des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Zimmerstr. 36/41, und in dessen sämtlichen Geschäftsstellen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

Brand einer Buchdruckerei. Die Berliner Feuerwehrt wurde Dienstagvormittag wegen eines Buchdruckereibrandes nach der Neuen Friedrichstr. 37 gerufen. Dort brannten in einem Quergebäude in einem Kesselraum Presskloßen und anderes, und im Erdgeschoß der Buchdruckerei Schaal, G. m. b. H., Regale, Papier, Balkenlagen, Fußböden u. a. Die Flammen hatten auch den ersten Stock erfasst und mußte die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben. Das Feuer soll im Kesselraum entstanden sein.

Hunderte von Automatenbierstählen hat ein trostungsloser Arbeiter Schott verübt, der jetzt von der Neudöllner Kriminalpolizei öffentlich gemacht wurde. Der 40 Jahre alte, bisher noch nicht bestrafte Mann betrieb seit über Jahresfrist gewerbsmäßig den Gasautomatenbierstahl und betätigte sich dabei gelegentlich auch als Klingelfahrer. Weistens plünderte er die Automaten in leerstehenden Wohnungen, soweit sie von dem Beamten der Gasanstalt noch nicht geleert waren. Schott betrieb seine Spezialitäten nicht nur in Berlin und Neudölln, sondern auch in Wilmsdorf, Spandau und anderen Vororten. In Spandau allein erbeutete er auf der Klingelfahrt einmal 800 M. und ein anderesmal 680 M.

Schwarzrüber. Ein Schah ist gestern vormittag auf dem Berliner Viehhof gehoben worden. Ein Viehtreiber, welcher zum Militär eingezogen worden ist, wußte seine Ersparnisse nicht besser und sicherer aufzubehalten, als daß er sie auf dem Berliner Viehhof vergrub. Im Felde ist ihm aber der Gedanke gekommen, daß der gewählte Platz für seinen Schah vielleicht doch nicht der sicherste Aufbewahrungsort sein möchte, und er hat das Berliner Polizeipräsidium, das Geld ausgraben zu lassen und in Verwahrung zu nehmen. Zwei Kriminalbeamte in Begleitung eines Veterinärarztes suchten gestern vormittag die genau bezeichnete Stelle für den Schweineauslade-rampen auf und fanden nach wenigen Spatenstichen eine Kiste, enthaltend 1500 M. in Zehn- und Zwanzigmarkstücken sowie 300 M. in Silber. Der Eigentümer des Geldes hatte auch für den Fall, daß er nicht wieder zurückkehren sollte, Bestimmungen getroffen.

Kleine Nachrichten. Auf der Straße vom Lode ereilt wurden am Mittwoch zwei Männer und eine Frau. Der 74 Jahre alte Invalide Reinhold Weist aus der Türkenstraße 2, der schon länger an Krämpfen litt, bekam nachmittags in der Londoner Straße einen heftigen Anfall und verfiel auf der Stelle. — Der 49 Jahre alte Schiffer Wilhelm Loschmann aus der Storgarder Straße 60 wurde in der Bornholmer Straße vor dem Hause 90 hilflos auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden. Auf der Rettungswache in der Gaudystraße konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen, nicht aber die Todesursache. — In der Nordstraße setzte sich abends gegen 7 Uhr eine Frau vor dem Hause Nr. 56b, augenscheinlich plötzlich erkrankt, hin und sank dann in sich zusammen. Als man sich ihrer annehmen wollte, war sie schon tot. Nach einer Postkarte, die man bei ihr fand, scheint die Tote eine Frau Albertine Günther zu sein. — Von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt wurde Mittwochabend das 3 1/2 Jahre alte Söhnchen Werner des Gemüsehändlers Otto aus der Pariser Str. 15. Der Knabe spielte gegen 8 Uhr vor der elterlichen Wohnung und lief hierbei an der Ecke der Pfalzburger und Pariser Straße in einen Kraftwagen hinein. Er wurde überfahren und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der nächsten Hilfsstange wurde das verunglückte Kind nach der Charité gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute, Freitag, findet der zweite Vortrag des Kursus „Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Aufbau der kriegsführenden Länder“ statt. Vortragender: Emil Eichhorn. Schullokal ist nicht der große Hörsaal der Arbeiter-Bildungsschule, sondern das benachbarte, ebenfalls im Hause Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Tr., gelegene Sitzungszimmer. Anfang 1/2 9 Uhr. Um häufig geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, werden alle übrigen Vorträge des Kursus freitags stattfinden. Hörer werden noch aufgenommen.

Der „Wahre Jacob“ ist ausgeblieben; der Grund liegt an den Bahnverhältnissen. Öffentlich trifft die Sendung Montag ein. Die Abonnenten wollen sich daher gedulden.

Aus den Gemeinden.

Die Charlottenburger Teuerungszulage.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom Mittwoch fast ausschließlich mit Vorlagen, die durch den Kriegszustand bedingt sind. Entsprechend einem Ersuchen der Versammlung, in Erwägung zu ziehen, ob dem Miet-einigungsamt auch Befugnisse zur Vermittlung zwischen Hausbesitzern und Hypothekengläubigern zu erteilen sind, hat der Magistrat sich bereit erklärt, ein Hypothekeneinigungsamt zu errichten. Im Gegensatz zu Berlin, wo ein besonderes Hypothekeneinigungsamt besteht, soll dies Amt in Charlottenburg dem Mieteinigungsamt angegliedert werden. Die Aufgaben des neuen Einigungsamtes sind folgende: a) Vermittlung zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zum Zwecke eines billigen Ausgleichs der Interessen; b) Errichtung von Quoten an die Gläubiger; c) Vermittlung von Mietbeihilfen. Die Verleihung der Zwangsbesugnisse aus der Bundesratsverordnung vom 15. Dezember 1914 (Verpflichtung der Parteien zum Erscheinen vor dem Amt und zur Auslosungsteilung unter entsprechender Straandrohung) will der Magistrat zunächst nicht nachsuchen, da das Mieteinigungsamt bisher auch ohne solche Zwangsbesugnisse verhältnismäßig befriedigende Erfolge erzielt hat, und da er sich gerade für die neue Aufgabe einer gütlichen Vermittlung zwischen den Hypothekenschuldnern und